Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk. durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsteuteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. | Donnerstag, den 4. Oktober 1923 | 3. Jahrgang | Nr. 232

Das Ende der Großen Koalition

Die sozialdemokratischen Führer doch aus der Regierung herausgeworfen — Stresemann bildet das neue Kabinett der Weißen Diktatur — Abschaffung des Achtstundentages — Arbeiter, erzwingt die einige proletarische Abwehrfront!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Oktober.

Gestern nacht ½12 Uhr hat das Reichskabinett beschlossen, dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission zu überreichen. Ebert beauftragte mit der Neubildung der Regierung wieder Stresemann, der den Auftrag angenommen hat.

Der Rücktritt des Kabinetts erfolgte, weil die Deutsche Volkspartei, die sich zur Sprecherin der Deutschnationalen und der gesamten Weißen Front gemacht hat, unbedingt auf der vom Reichsarbeitsminister Brauns vorgeschlagenen Form der Abschaffung des Achtstundentages und aller sozialpolitischen Vorteile bestand, die vom gesamten Reichskabinett mit Einschluß der sozialdemokratischen Mitglieder bereits angenommen war.

Auch die Reichstagsfraktion der VSPD. hatte gestern vormittag in einer langen Sitzung Vorschläge zu dem „Ermächtigungsgesetz" fast restlos geschluckt. Erst als nachmittag in einer zweiten Sitzung der VSPD.-Fraktion Leipart erschien, im Namen des ADGB. eingriff und erklärte, daß die Gewerkschaften die Formel des Reichsarbeitsministers nicht annehmen könnten, da sie klar ausgesprochen, die restlose Beseitigung des Achtstundentages entsätte, gewannen die linken Sozialdemokraten mehr Einfluß auf die Entscheidung der Fraktion. Leipart führte aus, die Gewerkschaften seien bereit, auf die Arbeiter im Sinne einer Steigerung der Produktion und Erleichterung von Ueberschichten einwirken zu wollen, was praktisch ebenso die Beseitigung des Achtstundentages bedeuten würde. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion traf um 7 Uhr wieder zusammen. Die rechten Führer wollten trotz alledem dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers zustimmen. Die Abstimmung ergab jedoch einen ablehnenden Beschluß mit einer sehr knappen Mehrheit von 61 zu 54 Stimmen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert und das Kabinett trat nach einer einstündigen Beratung zurück. Das zweite Kabinett Stresemann soll nach offiziellen Meldungen keinen parteipolitischen Charakter tragen. Außerdem soll die Zahl der Mitglieder eine Verringerung erfahren, es soll also eine Art Direktorium werden, das mit allen Mitteln des Weißen Terrors das Stinnes-Programm durchführen soll. Als Männer des Weißen Direktoriums werden genannt: General v. Gallwitz, Helfferich, Minouz (Generaldirektor der Stinneskonzerne), Baltrusch (christl. Gewerkschafter), Graf v. Beer. Ob es Stresemann gelingen wird, mit diesen Vertretern der schwärzesten Reaktion unter einen Hut zu kommen, muß noch fraglich erscheinen bei der Feindschaft, die die Landbündler Stresemann geschworen haben.

*

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministers, auf dessen Annahme die bürgerlichen Parteien bestanden, lautet:

„Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Ringen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns vorläufig, in der Ueproduktion die Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere ist der Bergbau unter Tag auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt festzusetzen. Sodann muß in den lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben und für die öffentlichen Verwaltungen sollen diese Grundsätze sinngemäß angewandt werden. Für gefährliche und gesundheitsschädliche Betriebe ist der Achtstundentag beizubehalten."

*

Alles Nachgeben, alle Bereitschaft, der Aufhebung des Achtstundentages und aller Arbeiterrechte zuzustimmen, alles Speichelleken vor den Militärdiktatoren hat der verräterischen rechten Führerschaft der Sozialdemokratie nichts genützt. Mit Schmach und Hohn werden sie von den Stresemann-Helfferich-Seeckt aus der Regierung herausgeworfen.

Die Arbeiterschaft gebe sich keiner Täuschung hin. Die rechtssozialistischen Führer werden nicht erledigt, weil sie sich für die Interessen der Arbeiter eingesetzt haben. Sie wollten im Arbeitszeitgesetz alle geforderten Zugeständnisse machen, sie bettelten um eine Vorschleierung ihres Arbeiterverrats. Aber die reaktionäre Front hat den Reformisten nicht einmal dieses zugestanden. Offen sollten sie auf dem Bauch liegen, voll die Verantwortung tragen, wenn nicht, konnten die Verräter gehen.

Die rechtssozialistischen Führer konnten so behandelt werden, weil sie nicht die geringsten Abwehrmaßnahmen gegen die in Waffen starrende, vormarschierende Weiße Front trafen, sondern den Generalen alle Macht in die Hände gaben. Ihre bayrischen Sicherheits-Abteilungen haben sie aufgelöst, in ihrer Presse die Arbeiter eingelullt, gegen die Kommunisten eine wüste Pogromhetze entfaltet und ihre Presse unterdrückt. Die Arbeiterschaft zahlt mit ihrem letzten Blutstropfen diese Schurkerei der Reformisten.

Die Arbeiter mögen sich nicht täuschen über das Eingreifen der Zentralinstanzen der Gewerkschaften, das unter schärfstem Druck der Mitglieder erfolgte. Die Leipart und Genossen, die ebenfalls für Arbeitszeitverlängerung sind, sehen jetzt, daß die Weißen Diktatoren den ganzen Apparat der Gewerkschaften zerschlagen wollen. Jetzt, da es ihnen selbst an den Kragen geht, wollen die Führer des ADGB. noch retten, was für sie zu retten ist.

Trotz aller Verbrechen der reformistischen Führer sind die Kommunisten bereit, mit allen Arbeitern, mit allen Organisationen, die dem Weißen Terror entgegentreten wollen, zusammen zu kämpfen.

Aber die Arbeiter dürfen sich nicht auf die Zentralinstanzen der Gewerkschaften verlassen. Die einige proletarische Abwehrfront kommt nicht zustande, wenn sie nicht sofort überall von unten auf geschlossen wird, wenn nicht der Druck von unten die noch nicht völlig der Reaktion verschriebenen Führer zwingt, sich einzureihen.

Im kleinsten Ort, im kleinsten Betrieb müssen sich die Arbeiter zur Abwehr zusammenschließen, der letzte Mann muß alarmiert werden. Nur so kann die gesamte Arbeiterschaft zum geschlossenen Handeln kommen, nur dann kann die Arbeiter-Regierung erkämpft werden.

Das Direktorium des Stinnesprogramms, des Weißen Schreckens, ist da. Höchste Aktivität der Arbeiterschaft ist das Gebot der Stunde!

*

Die Gefahr der Weißen Diktatur

Ein Vorstoß der KPD. beim ADGB.

Die unerhörte Zuspitzung der innerpolitischen Situation, die furchtbaren Gefahren, die die gesamte Arbeiterklasse bedrohen und die verbrecherische Passivität, mit der die VSPD.-Führer die Arbeiterklasse unter den Hacken der Weißen Diktatur des Stinneskapitals, der Reichswehrgenerale und der Faszisten zu spielen beabsichtigt, haben unsere Zentrale veranlaßt, gestern erneut an den ADGB. heranzutreten und ihn aufzufordern, unverzüglich eine allgemeine Abwehrfraktion des Gesamtproletariats einzuleiten. Zwei Mitglieder der Zentrale haben mit den Vertretern des ADGB. eine Aussprache gepflogen. Von unserer Seite wurde kurz die Lage geschildert und besonders darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie eine unverhüllte Diktatur gegen das Proletariat aufrichten will, um zunächst den Achtstundentag, die Erwerbslosenunterstützung, das Mitbestimmungsrecht und in weiterer Folge das Streikrecht zu beseitigen. Der ADGB. stehe nun vor der folgeschweren Entscheidung, ob er entsprechend seinen wiederholten Versicherungen, entsprechend den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses, die bedrohten gewerkschaftlichen Grundrechte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, also auch mit dem politischen Massenstreik, verteidigen oder ob er weiter passiv bleiben wolle, d. h. die Arbeiter und ihre Organisationen widerstandslos der aufmarschierenden äußersten Konterrevolution ausliefern wolle. — Die Vertreter des ADGB. erklärten, daß auch sie die Lage für überaus ernst halten, daß sie die politischen Vorgänge aufmerksam verfolgen, und daß sie gewillt seien, wenn es sein müsse, alle Machtmittel der Gewerkschaften gegen die drohenden reaktionären Anschläge einzusetzen. — Als von unseren Vertretern darauf hingewiesen wurde, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder auch nicht entfernt den Ernst der Lage erkenne, zumal sie von einem Teil der sozialdemokratischen Presse ganz systematisch getäuscht werden, und daß es infolgedessen notwendig sei, daß der Vorstand des ADGB. sofort in einem Aufruf die gesamte Arbeiterschaft auf den furchtbaren Ernst der Lage hinweise und sie ermahne, in dieser Stunde alles Trennende zurückzustellen und die einheitliche Abwehr vorzubereiten, damit sie jede Stunde bereit seien, dem Ruf zum Generalstreik zu folgen, wurde von den Vertretern des ADGB. erklärt, daß sie im Gesamtvorstand Bericht erstatten müßten. Dieser werde das Erforderliche tun; sie seien sich auch darüber klar, daß sich im Ernstfalle der ADGB. mit allen führenden Körperschaften, also auch mit der KPD., in Verbindung setzen müsse.

*

Das Resultat dieser Aussprache ist sehr mager. Immerhin scheint aber der Vorstoß unserer Genossen wenigstens das Eingreifen Leiparts bei der Reichstagsfraktion der VSPD. bewirkt zu haben. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft darf aber nicht auf den schwächlichen Einspruch der VSPD.-Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz vertrauen. Ebensowenig darauf, daß der ADGB. zum Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen die Erdrosselung der letzten Arbeiterrechte aufruft. Morgen schon kann das Direktorium des Weißen Terrors Wirklichkeit sein.

Deshalb gilt es unverzüglich in allen Orten die eiserne Abwehrfront der Arbeiter aller Parteien zu schließen und den ADGB. unter Druck zu stellen. Nur durch den Druck der großen, breiten Massen des organisierten Proletariats können die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gezwungen werden, den Abwehrkampf gegen den Weißen Terror in der großen unüberwindlichen Front des kampfentschlossenen Proletariats zu organisieren und den politischen Massenstreik für das ganze Reich zu proklamieren.

Hitler beherrscht die Stunde in Bayern. Aus München wird uns berichtet, daß jeden Tag große Teile des Bundes Bayern und Reich in die vaterländischen Vereine und zu den Hitlerischen Kampfverbänden übertreten.

Die VSPD. macht mit

Abschaffung des Achtstundentages

Aus der Regierungskrise ist eine schnöde Komödie geworden. Die Sozialdemokratie hat vor der Diktatur Stinnes-Geßler vollkommen kapituliert und kundgetan, daß sie sich nicht aus der Regierung herausekeln läßt, sondern um des heiligen Parlamentarismus willen alles mitmacht. Alles, bedingungslos und ausnahmslos.

Der springende Punkt der „Regierungskrise" war die Frage des Achtstundentages. Der „Vorwärts" erklärte selbst, der Angriff auf den Achtstundentag bedeute den Generalangriff auf die Gesamtarbeiterschaft. Die VSPD. pariert diesen Generalangriff, indem sie — nachgibt. Sie opfert den Achtstundentag und öffnet damit der Ausbeutung bis aufs Weißbluten Tür und Tor.

Die Sozialdemokratie weiß, daß die Arbeiterschaft in der Frage des Achtstundentages keinen Spaß versteht. Darum ist sie vor den Konsequenzen dieses Schrittes auf einen Augenblick zurückgeschreckt. Im nächsten Augenblick aber beugte sie sich schon bedingungslos vor Seeckts und Stinnes Diktatur. Warum sie nun noch ihre Koalitionsbrüder anfleht, ist, sie sollen doch die Abschaffung des Achtstundentages nicht so offen und brutal verkünden, daß es der letzte „dumme Arbeiter" merkt, sie sollen doch eine „Formel" finden, die es ihr, der Sozialdemokratie, ermöglicht, diese Maßnahme wenigstens auf eine kurze Zeit vor einem Teile der Arbeiterschaft zu verhüllen.

Es wird an dieser „Formulierung" gearbeitet. Sie soll „elastischer" Arbeitstag, „sanitäre" Arbeitszeit, „Intensivierung" der Arbeit oder sonst wie genannt werden. Es soll die Formulierung der letzten Note der Wirth-Regierung, in der die VSPD. die Durchführung der Stinnespläne versprach, gewählt werden.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben Verständnis für die Bedrängnis der Sozialdemokratie. Auch sie, arbeiten an der „Formulierung". Aber Stresemanns Organ erklärt zur Kernfrage selbst: „So wie man von den bürgerlichen Parteien Zustimmung zu rücksichtslosen Steueropfern (!) erwarten kann, so bleibt der Sozialdemokratischen Partei gar nichts anderes übrig, als für Mehrarbeit und Mehrleistung die Bahn frei zu geben." Worauf der „Vorwärts": „Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse. Soweit dazu in Ausnahmefällen eine Verlängerung der Arbeitszeit nötig ist, bietet die freie tarifliche Vereinbarung (!) ausreichende Möglichkeiten. Das wissen die Herren . . ."

Auf dieser Grundlage, zur Abschaffung des Achtstundentages, der die Abschaffung aller sozialer Errungenschaften folgen wird, ist die VSPD. bereit, der Stresemann-Regierung eine **Blankovollmacht** auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu erteilen. Eine Blankovollmacht, mit deren Durchführung Geßler und Seeckt betraut werden sollen.

Nach dieser Stellungnahme ist es nur verständlich, wenn die Sozialdemokratie den Befehlen der Geßlerdiktatur gemäß auch in der bayrischen Frage zum Rückzug bläst. Hat es noch gestern geheißen, sie werde dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes zustimmen, so will sie heute eine eigene „mildere" Formulierung einbringen, deren Nichtannahme keine Konsequenzen nach sich ziehen soll. „Also lediglich eine Geste" — bemerkt der „Lokal-Anzeiger". Jawohl, eine Geste, mit dem die sozialdemokratischen Arbeiter irregeführt, betrogen werden sollen. Es soll den Anschein haben, als ob. Derweil ist die Einigung das Schlucken der Kahr-Diktatur, eine abgefartete Sache.

So schmählich und niederträchtig hat eine Partei, die noch Arbeiter hinter sich hat, in so entscheidender Situation noch nicht gehandelt. Es genügt nicht, daß die Sozialdemokratie die Diktatur Geßlers und Seeckts vorbereitet und gutgeheißen hat. Es genügt nicht, daß sie diesen Generalen freie Hand gibt, in Sachsen und Thüringen die Arbeiter wehrlos zu machen, ihnen den Kampf um ihre elementarsten Wirtschaftsinteressen zu verbieten. Es genügt nicht, daß sie die bayrische Arbeiterschaft wehrlos und widerstandslos der Kahr-Hitler-Diktatur ausliefert.

Das allerschlimmste und allergefährlichste ist, daß sie der Arbeiterschaft vorheuchelt, als ob sie all dies nicht getan hätte. Sie wirft sich in die Position des Verteidigers des Achtstundentages, des Bekämpfers Kahrs, des Schützes der Arbeiterrechte. Sie verheimlicht der Arbeiterschaft die Gefahren, die ihre politischen und unmittelbarsten wirtschaftlichen Interessen bedrohen. Sie verheimlicht den Arbeitern, daß die Geßler-Seeckt-Diktatur, ergänzt durch die jetzt zu erteilende Blankovollmacht ausschließlich zur Steigerung der Ausbeutung, zur Verwirklichung der Stinnes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0001

pläne dienen soll. Sie verheimlicht die Gefahren, die der Reichseinheit und der Arbeiterschaft von Bayern aus drohen.

Auch darin handelt sie auf Befehl ihrer Herren, der Schwerindustriellen. Würde die Sozialdemokratie diese Rolle nicht noch mit gewissem Erfolg erfüllen können, so wäre heute die Geßler-Diktatur, die Knebelung der Arbeiterschaft nicht möglich. Dann würde die Arbeiterschaft heute schon mit offenen Augen klar sehen und danach handeln.

Diese letzten Schandtaten des sozialdemokratischen Führerklüngels, ihre Zustimmung zu den Stinnesplänen, ihr Kuschen vor Stinnes, Kahr und Ludendorff müssen aber auf die noch sozialdemokratische, ihnen folgende Arbeiterschaft aufpeitschend und alarmierend wirken.

Jetzt heißt es: Klare Entscheidung. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: seid Ihr damit einverstanden, was Eure Führer angeblich in Eurem Namen tun? Stimmt auch Ihr der Abschaffung des Achtstundentages, der Kapitulation vor Kahr und Geßler und Seeckt zu? Wollt Ihr kampflos untergehen? Was machen Eure linken Führer? Habt Ihr sie schon gefragt und haben sie Euch klar Frage und Antwort gestanden?

Wir wollen gegen die Knebelung der Arbeiter kämpfen. Wollt Ihr es auch, und Ihr müßt es wollen, dann weg mit den Stinnes-Lakaien, Geßler-Knechten und Kahr-Sozialisten. Dann her mit der kämpfenden Einheitsfront, auch gegen die, die als „Sozialisten" ebenso knebeln, wie die bürgerlichen Scharfmacher und reaktionären Militaristen.

Der „Vorwärts" für die Arbeitszeitverlängerung

Der „Vorwärts" schreibt in seiner heutigen Nummer nicht von der drohenden Gefahr für die Arbeiterschaft und der Notwendigkeit, den Gegnern entgegenzutreten. Vielmehr schreibt er:

„Der neuen Regierung, deren Bildung den bürgerlichen Parteien zufällt, kommt zu allernächst die Aufgabe zu, die von der äußersten Rechten her drohende Gefahr eines Bürgerkrieges, mit dem Ziele, ein verfassungswidriges Gewaltregiment einzuführen, abzuwehren." Der „Vorwärts" ist trotz alledem gegen die Reichstagsauflösung, deren Möglichkeit in den Besprechungen der Parteiführer erwogen wurde. Genosse Hermann Müller ließ keinen Zweifel darüber, die sich hieraus ergebenden politischen Gefahren zu zeigen.

Zur **Arbeitszeitverlängerung** schreibt er u. a.:

„Lediglich im **Bergbau** brauchen wir die sofortige und gerechte Steigerung der Erzeugungen. Die deutsche Arbeiterschaft will den Zustand, daß das Warenangebot wesentlich vergrößert wird, und die deutsche Handelsbilanz aktiv werde, mit allen Mitteln erreichen und wird dabei auch vor der **Leistung von Ueberstunden nicht zurückschrecken. Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit notwendige Ueberstundenarbeit im Bergbau und in anderen Industriezweigen geleistet werde.**"

Und an anderer Stelle:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat während der zweitägigen Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit keinen Zweifel darüber gelassen, **daß sie ihre ganze moralische Autorität einsetzen werde, um überall dort zur Mehrleistung, zur Mehrerzeugung zu kommen, wo sie im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist.**"

Die „Vossische Zeitung" schreibt über die Koalitionskrise folgende bemerkenswerte Stelle:

„Was sich da äußerlich als parlamentarisches Intrigenspiel ausnimmt, ist in der Wirklichkeit ein ernster Kampf wirtschaftlicher Interessen. Es handelt sich in dieser Linie um nichts anderes als um die Lösung der Frage, wer die Kosten der letzten Monate bezahlen solle, ob die Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Mehrleistung der Arbeiter oder durch gleichzeitige Steuerleistung der besitzenden Klasse werden soll, die zum Teil ein Nachholen dessen darstellen, was bisher unterblieben ist."

Freilich war die **Sozialdemokratie** bereit, auch die letzten Punkte, die Besteuerung, zu opfern und der Arbeiterklasse allein die Kosten der letzten Monate tragen zu lassen.

Die Auswirkung der Militärdiktatur

Steigerung der Großhandelspreise um 193,2 Prozent

Berlin, den 3. Oktober.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich am 2. Okt. nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes auf das 84,5 Millionenfache des Friedensstandes gehoben und ist gegenüber dem Stande vom 25. September (36,2 Millionenfaches) um 193,2 Prozent gestiegen. Von den Hauptgruppen stiegen Industriestoffe um 162,5 v. H., die Lebensmittel (Großhandel) um 99,9 v. H. Die Einfuhrwaren stiegen im gleichen Zeitraum um 148,8 v. H., und die Inlandswaren um 129,2 v. H. Die für den Durchschnitt des September berechnete Großhandelsindexziffer ergab das 35,9 Millionenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Abschnitt August um 2436,8 v. H. gestiegen. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 2345,3 v. H., die Inlandswaren um 2464,8 v. H., die Lebensmittel um 2393 v. H. und die Industriestoffe um 2473,4 v. H.

Steigerung der Reichsindexziffer um 40,4 Prozent

Berlin, den 4. Oktober.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40,4 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 Millionen) beträgt somit 44,3 v. H.

*

Der Reichs-Schwindelindex kommt in dem Unterschied zwischen der Steigerung des Großhandelspreise und der Reichsindexziffer zum Ausdruck. Selbst dann noch, wenn man in Betracht zieht, daß die ungeheuren Preissteigerungen in den letzten Tagen der Berechnung der Reichsindexziffer außer Ansatz geblieben sind, wird jede Arbeiterfrau bestätigen, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten in der letzten Woche als mehr 44,3 Prozent beträgt.

Die Lebenshaltungskosten nach dem Index der „Roten Fahne"

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Oktober.

Nach den am Mittwoch jeder Woche erfolgenden Feststellungen der „Roten Fahne" betrugen die Lebenshaltungskosten am 4. Oktober:

Nahrung	**1 903 773 500**	**Mk.**
Kleidung	**1 626 480 000**	**„**
8 Prozent Steuern	**282 420 280**	**„**
Zusammen:	**3 812 673 780**	**Mk.**

Die Steigerung ist 2 Milliarden oder 102 % gegen die Vorwoche. Gegen die Vorkriegszeit das 116 219 456-fache. 10 Millionen Mk. = 8 Pfg.

Ein Brot 30 Millionen Mark

(Eig. Meld.) **Berlin, 3. Oktober.**

Der Dollar steht fast auf 500 Millionen Mark. Die Teuerung nimmt ihren Fortgang. Das tägliche Hinaufnumerieren aller Preise ist wieder an der Tagesordnung. In Berlin ist der Preis für ein markenfreies Brot innerhalb der letzten 3 Tage von 18 auf 30 Millionen heraufgesetzt worden. Das Markenbrot hört in wenigen Tagen auf und die Brotpreise werden weiter steigen, denn die Junker setzen den Wucher fort und halten vor allem ihre Ware zurück. Der Preis für 50 Kilo Weizen stieg gestern von 460 auf 580 Millionen, Roggen von 430 auf 550 Millionen für 50 Kilo, Weizenmehl von 1600 Millionen auf 2100 Millionen Mark.

Während das Effekten- und Devisengeschäft blüht und Billionengewinne abwirft, wird das Elend immer größer. Der Ausnahmezustand wird zur Verhinderung der Lohnerhöhungen und damit zum Reallohnabbau benutzt.

Gegen die Wucherei, Ausbeuterei und den Belagerungszustand gilt es den schärfsten Kampf aufzunehmen für die Sachwerterfassung und Produktionskontrolle.

Die Reaktion trumpft auf!

Die Deutschnationale Volkspartei hat folgenden Aufruf erlassen:

„Wie lange noch? Die Losung des Tages heißt, das Steuer muß nach rechts geworfen werden. Die Koalitionsparteien im Reichstag aber antworten, es soll weiter gewurstelt werden. Der Marxismus hat Deutschland ruiniert. Er hat abgewirtschaftet. Die bürgerlichen Regierungsparteien halten ihn künstlich am Leben. Sie wagen nicht, den Trennungsstrich zu ziehen. So sinkt Deutschland in Not und Verderben. Wir fordern Klarheit. Schluß mit der Kompromißpolitik, fort mit den Sozialdemokraten aus der Regierung. Wir verlangen endlich eine Regierung, die sich auf die nationalen Kräfte in allen Volksschichten stützt.

Die Schwarze Reichswehr marschiert auf

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 3. Oktober.**

Das Berliner Reichswehrkommando teilt offiziell mit, daß sich zahlreiche Freiwillige zum Eintritt in die Reichswehr melden. Aus dem Geßlerschen Kriegspresse-Idiom ins Deutsche übersetzt, bedeutet das, daß der Zuzug der Schwarzen Reichswehren nach der Umgebung von Berlin andauert. Diese Schwarzen Reichswehren haben den Küstriner Putsch gemacht. Sie rüsten zu neuen Dingen. Es ist Geflunker, wenn das Reichswehrkommando mitteilt, daß es keine Freiwilligen aufnähme. Seit Monaten werden die Schwarzen Reichswehren unter Leitung der Reichswehr militärisch ausgebildet.

Während die Putschisten unter Leitung der Reichswehr rüsten, weiß der „Vorwärts" nichts Besseres, als den Reichswehroffizieren in den Hintern zu kriechen. Ueber das Verhalten der Reichswehr in Küstrin flennt er nur so von Begeisterung über: „Vorgehen in politischer Hinsicht einwandfrei, in technischer geschickt," „kein unnötiges Blutvergießen" — alles nämlich, weil die Reichswehr die Stahlhelmer hat frei abziehen lassen. Vor dem Kommandanten von Küstrin rutscht der „Vorwärts" auf dem Bauch, weil er das Angebot der Arbeiter bei der Niederschlagung des Putsches behilflich zu sein, mit Dank zur Kenntnis genommen habe — in Wirklichkeit hat er es abgelehnt. Diese Speichelleckerei vor der Militärdiktatur ist freilich Hohn auf die Arbeiter.

Die Arbeiter werden ihren Weg gehen und mit allen Mitteln gegen die konterrevolutionäre Gefahr rüsten.

Standrecht in Suhl

(Eig. Ber.) **Suhl, 3. Oktober.**

General Reinhardt, Militärbefehlshaber für Thüringen, hat befohlen, daß innerhalb von neun Stunden von der Bevölkerung, insbesondere des Suhler Bezirks, sämtliche Waffen abzuliefern sind. Auf Nichtbefolgung ist Todesstrafe angedroht.

*

Das ist eine unerhörte Provokation der Thüringer Arbeiterschaft.

Gerade im Suhler Bezirk ist die revolutionäre Arbeiterschaft am stärksten.

Die Organisation der proletarischen Abwehr in Thüringen soll vernichtet werden, damit die Hitlerbanden leichtes Spiel bei ihrem Marsch nach Norden haben.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß ihre thüringischen Brüder gegen die Provokationen der Militärdiktatur verteidigen.

Der Faszistenaufmarsch gegen die Thüringer Arbeiterschaft

Nach einer Meldung des „B. T." werden in Thüringen Waffentransporte aus Bayern beobachtet. Die Führer der thüringischen Faszisten sollen sich seit einigen Tagen in Bayern aufhalten.

Der „Völkische Beobachter" in Berlin

Die bayrische Sozialdemokratie ist getröstet

(Eigener Bericht)

Berlin, den 3. Oktober.

Der von der Reichsregierung „verbotene" „Völkische Beobachter" erscheint nicht nur in München unbehindert weiter, auch in den Berliner Zeitungskiosken ist er nach wie vor zu kaufen. Der „Vorwärts" fordert Geßler höflich auf, seinem Befehl wenigstens in Berlin Geltung zu verschaffen.

Die „Münchener Post" bestätigt die Nachricht, daß Kahr dies Republikschutzgesetz aufgehoben hat, um den Haftbefehl der Reichsbehörden gegen den Führer der „Reichsflagge", Hauptmann Heiß, zurückzuweisen.

Am empfindlichsten trifft die bayrischen Arbeitermassen Kahrs Streikverbot. Die ungeheure Teurung zwingt die Arbeiter, gegen diese Verordnung zu rebellieren. Die Sozialdemokratie beschwichtigt aber die Arbeiter. Nichts wäre ihr unerwünschter, als ein Kampf der Arbeiter. Die „Münchener Post" schreibt zum Streikverbot: „Die Arbeiter haben keine Veranlassung, nervös zu werden. Auf unserer Seite steht das Recht . . ."

Gegen die Kahr-Diktatur in Bayern

hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die vom Generalkommissar für Bayern erlassene sog. Streikverordnung, die den Arbeitern jedes Recht auf Anwendung der verfassungsmäßig garantierten Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampf nimmt und die unter Duldung aller monarchistischen Umtriebe die Voraussetzung für einen monarchistischen Umsturz und die Loslösung Bayerns vom Reich schafft, ist unverzüglich aufzuheben und die Exekutive der Durchführung aller vom Reichstag beschlossenen Maßnahmen vom Reich vorzunehmen."

Gegen die Maulkorb-Verordnung Geßlers

hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die vom Reichswehrminister erlassene Verordnung, wonach von der Presse andere als amtliche Mitteilungen über Unruhen im besetzten Gebiet nicht gebracht werden dürfen, ist sofort außer Kraft zu setzen."

Neue Devisen-Razzia in Berlin. Bei einer auf Veranlassung des Devisenkommissars von der Polizei im Romanischen Café am Kurfürstendamm veranstalteten Devisenrazzia wurden die anwesenden Personen gründlich durchsucht. Elf Personen wurden nach dem Polizeirevier transportiert. Ihnen sind u. a. 214 Dollars abgenommen worden.

Sozialdemokratische Stimmen gegen die Militärdiktatur

(Eig. Ber.) **Gotha, 3. Oktober.**

In der „Ostthüringer Tribüne", dem sozialdemokratischen Organ für Gera, wendet sich der Landtagsabgeordnete Rabold scharf gegen die Militärdiktatur und insbesondere gegen die Politik der sozialdemokratischen Instanzen. Rabold schreibt:

„Nein, das ist noch nicht dagewesen! **Deutschland** steht seit acht Tagen **unter der Militärdiktatur** . . . In Deutschland **übergibt eine Regierung** und ein Parlament, das auf demokratischer Grundlage gebildet sein will, **seine Macht freiwillig den kommandierenden Generalen!** Und während sie den Herren und Parteien der Koalition ihre Machtausübung den Säbelschwingern übergeben und diese somit Triumphe feiern können, von denen sie noch vierundzwanzig Stunden vorher nicht zu träumen wagten, kommt es dem Parlament und seiner Regierung nicht einmal zum Bewußtsein, welchem Wandel sie in der innerpolitischen Gestaltung der Republik die Wege geebnet haben. **Es wird ihnen täglich dreimal ins Gesicht gespuckt.** Aber die Regierer schauen vergnügt in den Himmel und rufen wie der Landmann nach einer Hitzeperiode aus: **Es regnet! Es regnet!** . . .

Für Herrn Kahr ist die Reichsregierung das, was für Götz von Berlichingen die Boten des Kaisers waren. So herrschte in der Reichskanzlei in Berlin in der Mitternachtsstunde des 25. September große Bestürzung, als sie durch die Redaktion einer großen Zeitung von dem Umschwung in Bayern Kenntnis erhielt. Die Minister wurden schleunigst aus den Betten geholt, traten zu einer Kabinettssitzung zusammen und verhängten, um ihrerseits den bayrischen Schlag zu paralysieren, nun nicht etwa den Ausnahmezustand über Bayern, sondern über **das ganze Reich** . . . Staatsrechtlich gesehen, besteht der bayrische Ausnahmezustand nicht mehr. Alle Maßnahmen, die Herr v. Kahr auf Grund der von ihm erlassenen Verordnung ergreift, sind verfassungswidrig und ungültig. Aber Herr v. Kahr wird über diese Zwirnsfäden nicht stolpern, um so weniger, als die Reichsregierung nicht daran denkt, in dieser entscheidenden Schicksalsstunde der deutschen Republik den Reichsverderbern in Bayern endlich die Faust zu zeigen. Wer diese Hoffnung noch hatte, dem muß sie in den letzten Tagen genommen worden sein. Das alte Bettugsspiel wird fortgesetzt. Es ist zur Stunde so, **daß nicht das Reich über Bayern, sondern Bayern über das Reich herrscht.** Obwohl Bayern der Reichsregierung den Hintern zugedreht hat, gefällt sich die Reichsregierung in der Rolle eines **ruchlosen Optimisten.** Und während, wenigstens der deutschnationalen Presse, langsam Bedenken über die Größe der heraufziehenden Gefahren kommen, bemüht sich das **Zentralorgan** unserer Partei, der **„Vorwärts", in seinem Optimismus noch ruchloser als die Reichsregierung** zu sein. Kahr, so lautet die auslegende Formel, ist besser als Hitler, denn Kahr bemüht sich die Bande um Ludendorff und Hitler im Zaume zu halten. Und während so der Versuch gemacht wird, Kahr in verschleierter Form für die Republik zu reklamieren, zeigt Herr v. Kahr durch die Tat, daß ihn die Republik von hinten besehen kann. **„Die Gegensätze, die man zwischen Ludendorff und Kahr konstruieren möchte, bestehen mehr in der Phantasie, als in der Wirklichkeit.** Soweit Kahr gegen Hitler Stellung nimmt, geschieht es lediglich aus Prioritätsgründen . . .

Herr v. Kahr zeigt in der Praxis, daß nicht der Militärbefehlshaber von Lossow, der nach der Ausnahmeverordnung des Reichs in Bayern die vollziehende Macht ausüben müßte, etwas zu sagen hat, sondern daß der alleinige Gebieter für Bayern er selber, der Herr v. Kahr, ist. . . .

Dieser Diktatur, die von Bayern aus beharrlich angestrebt wird, ist von der Reichsregierung durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich systematisch in die Hände gearbeitet worden. Denn **auch in Norddeutschland richtet sich der Belagerungszustand ausschließlich gegen die Arbeiterklasse** und alle jene Kräfte, die von links her zum Schutze der Republik in Frontstellung gebracht werden könnten. . . .

Was sich in **Sachsen** schon zu vollziehen beginnt, wird morgen auch in **Thüringen** geschehen sein. **Ist erst die rote Barriere durchbrochen, dann kann der bayrische Diktator seinen Triumphzug nach Berlin um so leichter antreten. . . . Die kommandierenden Generale,** die in Preußen die Macht übertragen bekommen haben, sind **samt und sonders Monarchisten.** Sie werden mit ihrer Macht in entscheidender Stunde dort stehen, wo sie während des Kapp-Putsches standen. Mit dem Unterschied nur daß sie sich damals in offener Auflehnung befanden und deshalb um so rascher Schiffbruch leiden mußten, während ihnen heute das Spiel dadurch erleichtert wird, daß ihnen eine von Gott und allen Teufeln verlassene Regierung jene Vollmachten erteilt hat, die sie zur legalen Durchführung **ihrer machtlüsternen Pläne brauchen.**

Wo ist in dieser ernsten Stunde die **stolze sozialdemokratische Partei,** und wo ist die Macht der **Gewerkschaften,** die hinter sich zehn Millionen deutscher Arbeiter haben? Die **Instanzen,** die in diesen entscheidenden Stunden Führer sein müßten, **gefallen sich in der Rolle eines Nachtwächters der Regierung Stresemann und des Herrn v. Kahr.** Dabei ist die Lage so deutlich und klar, wie sie es seit dem 9. November noch nie gewesen ist. Es geht nicht mehr gegen „Bolschewisten" und „Linksradikale". **Es geht gegen die Sozialdemokratische Partei, gegen die Gewerkschaften,** gegen **den Achtstundentag, gegen alle sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution. Es geht gegen alles, was Arbeiterbewegung überhaupt, also Marxismus heißt.**

Die Arbeiterklasse weiß, woran sie ist. Der Augenblick zum Entscheidungskampf kann jede Minute kommen. . . ."

*

Der linke Sozialdemokrat Rabold gibt eine treffende Schilderung der wirklichen Lage.

Aber heute genügt es nicht, von Entscheidungskampf zu sprechen. Der Entscheidungskampf muß vorbereitet werden, wenn anders die Arbeiterschaft gegen die drohenden Gefahren bestehen soll.

Die linken Sozialdemokraten haben die Wahl:

Entweder halten sie „Parteidisziplin", und decken alle Schandtaten der Instanzen; die heute schon bereit sind, die offene Stinnes- und Militärdiktatur in den Kauf zu nehmen.

Oder sie stellen sich auf die Seite der Arbeiterschaft. Dann müssen sie mit dem Kampf gegen die Militärdiktatur ernst machen.

Die ersten Schritte dazu müssen sein: Gemeinsamer Kampf gegen die Koalitionspolitik! Für Aufhebung des Belagerungszustandes! **Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse! Eintreten für die Bildung proletarischer Abwehrformationen!**

Für den bayrischen Betriebsrätekongreß

(Eigene Drahtmeldung)

Nürnberg, 2. Oktober.

Die bayrische Arbeiterschaft verlangt stürmisch den Betriebsrätekongreß. Nachdem bereits die Arbeiter der verschiedensten Großstädte und fast alle mittleren Orte in Betriebsrätevollversammlungen die Einberufung des Betriebsrätekongresses gefordert haben, kommen nun auch die kleineren Orte in Bewegung.

Heute liegen zwei neue Meldungen vor. In Windisch-Eschenbach nahm der Ortsausschuß des ADGB. einstimmig die Forderung auf. In Hersbruck beschloß eine Erwerbslosenkonferenz, ihre ganze Kraft für die sofortige Einberufung des bayrischen Betriebsrätekongresses einzusetzen.

Die Erwerbslosen fordern zu diesem Zweck, daß Gewerkschaften und Betriebsräte gemeinsam mit ihnen die Vorbereitungen treffen.

Der Kappgeneral Daßel droht. Daßel, der Militärbefehlshaber in Ostpreußen, droht, Zeitungen die die Regierung und ihre Maßnahmen angreifen, zu verbieten. Es gibt wohl keine Täuschung darüber, an welche Adresse diese Drohung gerichtet ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0002

Poincaré diktiert im besetzten Gebiet den Zehnstundentag

Das Stinnesprogramm soll mit französischen Bajonetten durchgedrückt werden

WTB. Münster, 4. Oktober.

In Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Adjutanten des General Degoutte empfangen worden. Wegen Wiederaufnahme der Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt:

1. Abschaffung des Betriebsrätegesetzes.
2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Akkordarbeit.
3. Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls Ausweisung erfolgt.
4. Für die Eisenbahner gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen.
5. Unterdrückung jeder Auflehnung mit Waffengewalt.
6. Verstärkung des Polizeischutzes.

*

Dieses Programm der völligen Versklavung und schändlichster Ausbeutung hat Poincaré von Stinnes übernommen, im beiderseitigen Einverständnis soll es jetzt mit französischen Bajonetten verwirklicht werden.

Die Arbeiterschaft im Westen, im ganzen Reich muß alle Kräfte anspannen, alle Macht einsetzen, um den ungeheuerlichen Angriff abzuschlagen.

Poincarés Versklavungsplan geht aber nicht nur die deutsche, sondern die internationale Arbeiterklasse an. Mit den deutschen Arbeitern soll der Anfang gemacht werden, ist der Zehnstundentag und die völlige Knebelung in Deutschland durchgedrückt, wird er in Frankreich und den übrigen Ententeländern bald ebenso erzwungen werden.

Auf den Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund, dessen Pflicht es wäre, nun einzugreifen, ist keine Hoffnung zu setzen. Das deutsche Proletariat appelliert aber in dieser Stunde an die revolutionäre Arbeiterschaft der Ententeländer, in ihrem eigenen Interesse, mitzukämpfen, um dem Blut- und Gewaltregime der Militaristen ein Ende zu machen.

Wie Poincaré die Kapitulation quittiert

(Eig. Bericht.) Benrath, 3. Oktober

Bei der Firma Krupp wurden 800 Milliarden beschlagnahmt. — Die Eisenbahnwerkstätte Witten wurde von französischen Truppen besetzt. — Aus Duisburg wurden 52 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen. — In Dortmund wurden 9,4 Billionen Mark beschlagnahmt. — In Mülheim wurde ein Transport der Reichsbank von 600 Milliarden beschlagnahmt.

Der Kampf der französischen Militaristen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Der Führer der Union der Hand- und Kopfarbeiter in Wattenscheid, Göbel, wurde verhaftet.

Auflösung der Düsseldorfer Schupo

Düsseldorf, 2. Oktober 1923.

Nach einer Havas-Meldung ist die grüne Polizei ab 1. Oktober von französischen Behörden aufgelöst worden. Sie wird durch die städtische Polizei ersetzt werden. Die Schupobeamten sind, soweit sie nicht verhaftet wurden, entlassen worden und werden von den Franzosen in Kasernen bewacht.

Die Zersetzung der faszistischen Partei in Italien

TU. Rom, 1. Oktober.

Das Exekutivkomitee der faszistischen Partei hat heute in einem Schreiben an Mussolini seinen Rücktritt angekündigt. Mussolini hat das Rücktrittsgesuch angenommen. Die Leitung der Partei wird vorläufig in seinen Händen bleiben.

Die schon seit langem gärende Krise innerhalb der faszistischen Partei, die auf der Enttäuschung der kleinbürgerlichen und Arbeiterschichten innerhalb der Partei beruht, ist offen zum Ausbruch gekommen. Der Vollzugsausschuß der Partei hat Rocca ausgeschlossen, der für eine Annäherung des italienischen Faszismus an die gesamte Nation eingetreten ist, eine Politik, für die Mussolini gleichfalls eingetreten ist. Diese Aeußerungen Roccas boten den gewünschten Anlaß für die unteren Führer, hauptsächlich der Provinz, ihrer Opposition gegen Mussolini Ausdruck zu verleihen. Mussolini hat sich jedoch mit dem Ausschluß Roccas nicht einverstanden erklärt. Er hat daher das Exekutivkomitee der faszistischen Partei vor die Alternative gestellt, entweder Rückgängigmachung ihres Beschlusses oder Rücktritt.

Das Exekutivkomitee hat das Letztere vorgezogen. Mit ihm ist auch das Sekretariat der faszistischen Partei zurückgetreten. Verschiedene italienische Zeitungen haben bei dieser Gelegenheit festgestellt: Man müsse sich endlich entscheiden: **Faszismus oder Mussolinismus!**

Die Amsterdamer spalten die rumänischen Gewerkschaften

„Weil die Kommunisten auf jeden Fall im Verband bleiben wollten"

(Eig. Bericht.) Berlin, 3. Oktober.

Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Klausenburg haben die Amsterdamer die rumänischen Gewerkschaften zerschlagen. Als die Amsterdamer bei der ersten Abstimmung sahen, daß sie in der Minderheit waren, schlossen sie einfach den Kongreß und berieten eine neue Sitzung ein, zu der nur diejenigen Zutritt hatten, die für Amsterdam waren.

Die ganze Niedertracht der Amsterdamer Gewerkschaftsstrategie kommt zum Ausdruck in der „Begründung", die der „Vorwärts" für die Spaltung gibt, zum Ausdruck:

„Man war allgemein der Auffassung, daß auf diese Weise gehandelt werden müsse, um zu einem wirklich gewerkschaftlichen Arbeiten zu kommen, vor allem, da man Kenntnis von geheimen Instruktionen erhalten hatte, die den Kommunisten befahlen, in jedem Falle, die Abstimmung möge ausfallen wie sie wolle, in den Gewerkschaften zu bleiben und ihre zerstörende Tätigkeit fortzusetzen."

Also, weil die Kommunisten, auch wenn sie überstimmt werden, in den Gewerkschaften bleiben wollen (was übrigens ganz offen mitgeteilt wurde und keine geheime Instruktion war), halten die Amsterdamer in einem Land, in dem die Arbeiterschaft die schwersten Verfolgungen durch den Weißen Terror zu erdulden hat:

Die spanische Militärdiktatur

EB. Madrid, 2. Oktober. Das Regierungsblatt veröffentlicht eine Verordnung, wonach alle Gemeinderäte Spaniens aufgelöst und durch Vertreter der Steuerzahler aus der Industrie- und Handelswelt ersetzt werden.

TD. Madrid, 2. Oktober. Durch ein soeben veröffentlichtes Dekret sind alle Bürgermeister und Stadträte abgesetzt worden.

Zunächst hat die spanische Militärdiktatur Stellung genommen gegen einen Teil der Bourgeoisie, gegen die katalonischen Industriellen. Aber immer mehr entdeckt sie ihre Abhängigkeit von den Geldsäcken. Immer eindeutiger richtet sie sich gegen das spanische Proletariat.

Solidarität des französischen mit dem deutschen Proletariat

Bildung eines Aktionsausschusses in Paris

Als die letzten deutschen Vorgänge in Paris bekannt wurden, erließ der Vorstand der CGTU., des Roten Gewerkschaftsbundes, folgenden Aufruf:

„Die CGTU. hat vor den Arbeitermassen die Heuchelei der Formel, daß Deutschland bezahlen würde, von Anfang an gebrandmarkt; die CGTU. hat stets gegen den Versailler Vertrag Stellung genommen. Sie erhob im Dezember 1922 den schärfsten Protest gegen den Plan einer Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen. Am 7. Januar beteiligte sich die CGTU. an der Internationalen Konferenz in Essen und zeigte angesichts der Konsequenzen des französischen Imperialismus den Arbeitern unseres Landes folgende Möglichkeiten: Die Besetzung des Ruhrgebietes bringt entweder in Deutschland die Revolution, oder sie bedeutet die ständige Gefahr eines neuen Krieges. Demgegenüber müssen wir uns auf den Kampf gegen den Krieg und für den Triumph der Revolution vorbereiten.

Nach neun Monaten Okkupation, nach den schwersten Gewalttätigkeiten, gegen das deutsche Proletariat hat die Regierung Stresemann kapituliert. Sie will damit die Machtstellung des deutschen Kapitalismus retten und das Ruhrproletariat den Magnaten der französischen und deutschen Industrie und dem französischen Militarismus verkaufen. Angesichts der Kapitulation Stresemanns treiben die deutschen Nationalisten auf einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hin, um den Versailler Vertrag zu zerreißen und die Autorität der deutschen Kapitalistenklasse wieder herzustellen. Angesichts der Entwicklung des deutschen Nationalismus und der Kraft des französischen Militarismus erklären die deutschen Revolutionäre sich bereit, den Frieden zu sichern, indem sie die Kriegsschulden aus der Tasche der deutschen Bourgeoisie bezahlen. Die erste Lösung ist der Krieg, die zweite Lösung bedeutet die proletarische Revolution und den Frieden. Das Problem der deutschen Revolution nähert sich seiner Krise. Die Poincaré-Regierung ist bereit, die Erhebung der Arbeiter niederzuschlagen. Wie am 10. Januar ist es auch heute die Pflicht des französischen Proletariats, gegen den Krieg zu kämpfen, vorbehaltlos die Revolution zu unterstützen.

Angesichts des Ernstes der gegenwärtigen Stunde appelliert die CGTU. an alle proletarischen Organisationen Frankreichs, den Widerstand zu organisieren. Gegen den Versailler Friedensvertrag! Gegen die Ruhrbesetzung! Für Räumung des besetzten deutschen Gebietes durch die Ententetruppen! Gegen die separatistische Politik! Gegen die Intervention der französischen Truppen im Falle einer revolutionären Erhebung in Deutschland!

Wir müssen uns unverzüglich auf die Möglichkeit des Generalstreiks vorbereiten. In allen Gewerkschaften, in allen Fabriken, in allen Werften, in allen Häfen, in allen staatlichen Verwaltungen muß der Gedanke des Generalstreiks verbreitet werden. Gleichzeitig muß das französische Proletariat ein Höchstmaß an Disziplin zeigen, um sich nicht durch Provokationen verleiten und zu voreiligen Teilaktionen hinreißen zu lassen."

Im Sinne dieses Aufrufs lud der Vorstand der CGTU. folgende Organisationen zu einer gemeinsamen Konferenz am 28. September in Paris ein: Den Gewerkschaftsbund, Richtung Amsterdam (CGT.), die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die Sozialistisch-Kommunistische Union (Frossard-Gruppe), die Anarchistische Union und den Bund der revolutionären Kriegsteilnehmer (ARAC.).

Zu der Sitzung erschienen aber nur die Vertreter der Kommunistischen Partei und des Kriegsteilnehmerverbandes.

Die Reformisten fehlten und zeigten damit, daß sie kein Interesse daran haben, die Hilfsaktion des französischen Proletariats für die deutsche Arbeiterschaft zu unterstützen. Ohne Rücksicht auf diese Sabotaite der proletarischen Einheitsfront wurde das Aktionskomitee gebildet. Es besteht zunächst aus der Kommunistischen Partei, der CGTU. und der ARAC. Am 29. September hat das Aktionskomitee folgenden Aufruf an das französische Proletariat erlassen, in dem es heißt: „Das Aktionskomitee schließt sich restlos dem Programm an, das in dem Aufruf der CGTU. niedergelegt ist. Um die Arbeitermassen auf den Generalstreik vorzubereiten, beschließt das Aktionskomitee, im ganzen Lande sofort eine Agitation einzuleiten. Das Aktionskomitee zählt auf die Aktivität sämtlicher Organisationen und einzelnen Genossen, damit seine Beschlüsse restlos durchgeführt werden."

Die einzelnen Gewerkschaften Frankreichs beginnen zu der Situation in Deutschland Stellung zu nehmen. So hat der Vorstand des roten Textilarbeiterverbandes an seine Mitglieder einen Aufruf erlassen, der auf die ernsten Ereignisse in Deutschland hinweist. Es heißt darin u. a.: „Bereitet Euch auf alle Möglichkeiten vor, bereitet Euch auf den Generalstreik vor, wenn die CGTU. dazu aufruft!" Der rote Bauarbeiterverband lenkt ebenfalls die Aufmerksamkeit seiner Mitglieder auf die militaristische Reaktion, die in verschiedenen Ländern bereits die Oberhand gewonnen hat, und ermahnt die Mitgliedschaft zur Wachsamkeit. Der rote Metallarbeiterverband in Paris beruft eine Konferenz ein, die die Maßregeln des Verbandes angesichts der Lage in Deutschland beschließen soll.

Die Kommunistische Jugend Frankreichs an die Ruhrarmee

Zur selben Zeit erließ die Kommunistische Jugendorganisation Frankreichs einen Appell an die französische Ruhrarmee, in dem es u. a. heißt:

„Kameraden, Soldaten! Ihr teilt das Los der deutschen Arbeiter, in deren Mitte Ihr lebt, sie sind nicht Eure Feinde, sie sind Eure Brüder. Wenn man Euch zum Kampf gegen sie kommandiert, dann senkt die Waffen, verbrüdert Euch mit den deutschen Revolutionären!"

Die wirkliche Stimmung der französischen Ruhrtruppen gegenüber dem deutschen Proletariat zeigt sich darin, daß die französischen Soldaten im Ruhrgebiet die Sammlung zugunsten der deutschen Arbeiter fortsetzen. Wie Genosse Vaillant-Couturier in der „Humanité" mitteilt, sind kürzlich in einem Teil des Ruhrgebiets von den französischen Soldaten erneut 33 Millionen Mark und 27 französische Franken für diesen Zweck gesammelt worden.

Die KPF. ruft auf

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Frankreichs schildert gleichfalls in einem Aufruf eingehend die gegenwärtige deutsche Situation. Es heißt darin u. a.:

„In der revolutionären Krise, die jetzt beginnt, muß der französische Kapitalismus an der Seite des deutschen Kapitalismus stehen. Poincaré als Beauftragter des französischen Kapitalismus könnte gegenüber einer siegreichen deutschen Revolution nur die Politik Clémenceaus treiben. Er würde es nicht dulden, daß in Deutschland eine Räterepublik entsteht, die denselben deutschen Kapitalismus enteignet, an dem die französischen Industriellen die Ruhrhypothek besitzen. Die Niederschlagung der deutschen Revolution würde für das Weltproletariat den Beginn einer langen Knechtschaftsperiode bedeuten. Die Niederlage der deutschen Revolution würde eine deutsch-französische Intervention gegen Sowjet-Rußland zur Folge haben. Triumphiert aber die kommunistische Revolution in Deutschland, so wäre dies der Todesstoß für sämtliche Imperialismen.

Arbeiter, Bauern und Soldaten Frankreichs! Tragt dazu bei, daß in Deutschland eine Arbeiter- und Bauern-Regierung triumphiert, die entschlossen ist, die Sachwerte zu erfassen, die Produktion zu kontrollieren, sich mit Sowjet-Rußland zu verbünden und den Ruhrkampf auf Kosten der Bourgeoisie zu beenden. Wendet Euch gegen die Zerstückelung eines revolutionären Deutschlands und gegen eine bewaffnete Intervention gegen die deutsche Revolution. Tretet ein für die Sicherung des Friedens und für den Erfolg der internationalen Revolution. Bereitet Euch vor, zu handeln. Von heute an muß sich jedes Mitglied der Kommunistischen Partei als für den Dienst der Revolution mobilisiert betrachten."

Die Kommunistische Partei Englands für das deutsche Proletariat

Das politische Bureau der Kommunistischen Partei Großbritanniens erläßt folgenden Aufruf an die englische Arbeiterschaft:

Genossen! Die Zeiten sind schlecht für die britischen Arbeiter. Die dunklen Wolken der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaues hängen über Millionen von Haushalten. Aber so schlecht es uns geht, **den deutschen Arbeitern geht es noch viel schlechter.** Sie haben einen Wochenlohn, der nur hinreicht, um drei Pfund Margarine zu kaufen. Sie können sich nicht genug Lebensmittel beschaffen, Kleider zu kaufen ist für sie unmöglich. Milch, Fleisch und die sonstigen lebensnotwendigen Dinge, die der britische Arbeiter sich noch schaffen kann, sind der deutschen Arbeiterklasse entzogen. Jetzt ist das Ende des passiven Widerstands im Ruhrgebiet gekommen, was die Einleitung zur Lösung der Ruhrfrage durch eine Verständigung der französischen und deutschen Kapitalisten unter Beihilfe der englischen Kapitalisten bedeutet. Dies wird eine riesige Zunahme der Arbeitslosigkeit und Teuerung in Deutschland herbeiführen. Millionen von deutschen Arbeitern werden die notwendigsten Lebensmittel nicht mehr erhalten können; wenn sie dann sehen, daß ihre Frauen und Kinder frieren und hungern, dann werden sie dasselbe tun, was Ihr unter ähnlichen Umständen tun würdet. Sie würden sich Nahrungsmittel und Kleidung nehmen. Aber sobald sie zu einer solchen Aktion genötigt würden, dann würden die bewaffneten Faszistenbanden der deutschen Kapitalisten **mit den französischen und den polnischen Truppen zusammengehen,** und der Aufstand der Arbeiter würde im Blut erstickt werden. Die Strafen Deutschlands würden dann mit den Leichen der deutschen Arbeiter bedeckt sein, weil das deutsche Proletariat es wagte, seinen kapitalistischen Ausbeutern zu widerstehen.

Britische Arbeiter! Was werdet Ihr dann tun? Ihr könnt in einem solchen Konflikt nicht neutral bleiben! Ihr gehört zu derselben Klasse wie die deutschen Arbeiter, zu der großen Klasse der Ausgebeuteten. Ihr gehört zu derselben Gewerkschafts-Internationale wie die deutschen Gewerkschafter. Ein Erfolg der deutschen Faszisten wird zugleich ein Erfolg der Weltreaktion und das Signal zu einem neuen Angriff gegen Eure Lebenshaltung sein, die schon schlecht genug ist. Verstärkte Ausbeutung der deutschen Arbeiter bedeutet auch verstärkte Ausbeutung der britischen Arbeiter. Ein Sieg der Arbeiterrevolution in Deutschland wäre jedoch das Signal für die Arbeiter in allen Ländern, ihre Ketten abzuschütteln. Eine Arbeiter-Regierung in Deutschland wäre das Signal für die Schaffung der Arbeiter-Regierung in England. Englische Arbeiter, was wollt Ihr tun? Eure deutschen Genossen stehen am Scheideweg. Sie haben durch Vermittlung des Gewerkschaftskongresses in Plymouth Eure Hilfe angerufen. Werdet Ihr diese Hilfe versagen, oder werdet Ihr in dieser ernsten Stunde an ihrer Seite stehen?

Hände weg von den deutschen Arbeitern!

Rückberufung der britischen Truppen aus Deutschland!

Keine Munition für die deutschen Faszisten!

Keine Blockade!

Generalstreik, wenn die Ententekapitalisten auch nur einen Tropfen deutschen Arbeiterblutes vergießen!

Fordert, daß die Arbeiterpartei und der Generalrat der Gewerkschaften Massenkundgebungen veranstalten und sich vorbereiten, die deutschen Arbeiter materiell zu unterstützen!

Die internationale Aktion der Seeleute gegen den Krieg

In Hamburg veranstaltete kürzlich das Internationale Hafenbureau eine Massenversammlung von Seeleuten zum Protest gegen die neuen kapitalistischen Kriegspläne. Es sprachen Genossen aus Rußland, England, Deutschland und Holland. Genosse Bouwmann, der Vorsitzende des Niederländischen Transportarbeiter-Verbandes erklärte u. a.: Ein neuer Krieg kann nur durch die Solidarität aller Arbeiter, vor allem der Seeleute und Transportarbeiter, verhindert werden. Die Massen müssen die reformistischen Führer zwingen, die Waffe des Generalstreiks gegen den Krieg anzuwenden. Sollten aber die Führer sich wie 1914 zur Verfügung der Bourgeoisie stellen, dann müssen die Arbeiter selbst handeln.

Genosse Walter, vom Deutschen Schiffahrtsbund, erklärte: Deutschland nähert sich mit großer Geschwindigkeit einer Revolution. Die Stinnes, Krupp usw. wollen die Reparationslasten den Arbeitern auferlegen. Sie erzählen uns, daß die Franzosen die Feinde wären und im geheimen verständigen sie sich mit der französischen Kapitalistenklasse, um gemeinsam die deutschen und die französischen Arbeiter auszubeuten. Die Arbeiter der verschiedenen Länder haben untereinander keine Gegensätze. Aber wenn die Kapitalisten sich streiten, so lassen sie die Proletarier sich gegenseitig abschlachten.

Ein englischer Genosse betonte, daß der Zusammenbruch von 1914 sich nicht wiederholen dürfe.

Im Anschluß hieran sprach ein russischer Genosse, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Er sagte: „Wenn wir keine Arbeiterbewegung schaffen können, die imstande ist, gegen den Krieg zu kämpfen, dann werden wir genau so schuldig sein, wie die Reformisten es 1914 waren. Die Seeleute haben eine besondere strategische Stellung in der Weltwirtschaft. Wenn sie zusammen mit den Hafenarbeitern in den Generalstreik treten, werden sie imstande sein, den Kapitalisten einen furchtbaren Schlag zu versetzen, falls diese aus Profitgier ein neues Gemetzel anstiften wollen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich für die Bildung von lokalen, nationalen und internationalen Aktionsausschüssen gegen die Kriegsgefahr ausspricht. Die Resolution verlangt weiter, daß die Amsterdamer Internationale zusammen mit der RGI. und mit Hilfe der Transportarbeiter-Internationale ein gemeinsames Komitee schafft, das die Arbeiterschaft zum Generalstreik gegen den Krieg aufruft. Die angenommene Resolution wurde den Vorständen der RGI., der Amsterdamer Internationale und der Transportarbeiter-Internationale übersandt.

Die Ausweisungen dauern fort. In Duisburg wurden am Mittwoch wiederum 52 Eisenbahner von den Franzosen ausgewiesen.

Verurteilte Eisenbahner: 25 Jahre 2 Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht Landau verurteilte wegen Beteiligung an Zählungen zur angeblichen Stärkung des passiven Widerstandes fünf Eisenbahner zu je fünf Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark, zwei zu je 2 Monaten Gefängnis und je fünf Millionen Mark Geldstrafe.

114 Billionen „beschlagnahmt". Die belgische Militärpolizei nahm auf der Reichsbankstelle Aachen und den Nebenstellen Jülich und Stolberg ungefähr 114 Billionen Mark fort.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Leschenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Stahlhelmrummel in Groß-Kayna

Wie die Faszisten Verbote umgehen

Am vergangenen Sonnabend sollte eine Bannerweihe des Stahlhelms Groß-Kayna in Dressels Gasthof stattfinden. Der Saal war festlich geschmückt und schwarzweißrote Fahnen und Fähnchen waren reichlich angebracht. Eine große Musikkapelle aus Halle war herbeigeeilt, um durch flotte Militärmärsche („Ehrhardimarsch" usw.) eine kriecherische Stimmung herbeizuführen. Da dieser Geist bekanntlich auch durch den Magen geht, so mußten soundsoviel Hammel ihr Leben lassen, um erst mal die ausgehungerten Proleten zu sättigen und reif für die Hurrastimmung zu machen. Selbstverständlich gab es auch was zu gurgeln. Dann ohne Sauferei bis zur Bewußtlosigkeit geht es bei solchen Gelegenheiten nicht ab.

Aber auch für den ungestörten Verlauf dieser patriotischen Veranstaltung und die Sicherheit war Sorge getragen worden, denn ein Lastauto mit Schupo, das dafür sorgen sollte, daß die Feier, wenn auch unter anderen Umständen, ohne Störungen durchgeführt werden konnte. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel war noch am Nachmittag eine Verfügung der Regierung eingetroffen, wonach die Feier verboten war. Was nun tun? Die 16 Mann starke Kapelle war unterwegs und nicht mehr abzubestellen. Ach was, Verbote und Gesetze sind dazu da, um umgangen zu werden. Und flugs war ein schlauer Plan ausgeheckt worden. Eine Abordnung fuhr per Auto zum Landrat in Weißenfels, dem erzählt wurde, daß der Polizeihundeverein am Abend ein Vergnügen veranstaltet habe. Natürlich war dagegen nichts einzuwenden. So fand denn die Stahlhelmfeier dennoch statt unter dem Namen: **Bannerweihe des Hundezüchtervereins Groß-Kayna.** So wurde die Regierung zum Narren gehalten! Wenn sie sich derartige Unverschämtheiten gefallen läßt, so ist das ihre Sache. Schickt der reaktionären Sippe, die ihren Sturz insgeheim vorbereitet, Sipo und läßt sich obendrein noch plump was vorlügen.

Verschiedene bekannte Persönlichkeiten haben sich um die Stahlhelmfeier recht „verdient" gemacht. So u. a. auch die Herren Werkdirektoren Holzmann und Wagner, welch letzterer immer sagt, daß das Michelwerk vor dem Bankerott stehe. Natürlich sagt man das nur, wenn die Arbeiter Lohnzulagen bekommen sollen. So waren der Belegschaft letzthin 108 Prozent Lohnzulage vom Schiedsamt zugesprochen worden, 80 Prozent kamen aber nur zur Auszahlung. Die restlichen 28 Prozent vielleicht erst nach Wochen. Sonst aber steht Geld reichlich zur Verfügung. Man betrachte nur die vielen Autos, die sich das Michelwerk in letzter Zeit zugelegt hat, man betrachte auch die herrlichen Villen der Herren Direktoren und das neue Verwaltungsgebäude mit seinen teilweise prunkvollen Einrichtungen und die vielen Häuser und Grundstücke. Aber — man steht vor dem Bankrott! Na, und sollte man nicht auch beigetragen haben zur Durchführung des Stahlhelmrummels, wo doch diese Herrschaften eine solche Rolle spielen? Wer mag denn überhaupt die Zeche bezahlen? Die Hundezüchter doch nicht etwa? Das glaubt ja kein Mensch!

So ist also die Stahlhelmfeier in Groß-Kayna auf den Hund gekommen. Das heißt, der Hundezüchterverein hat den Stahlhelmrummel übernommen und zur Durchführung gebracht. Das „Merseburger Tageblatt", auch eine bürgerliche Preßkanaille, frohlockt wie folgt:

„Der Vorstand des Polizeihundevereins begrüßte die Erschienenen und wies auf die notwendig gewordene Umstellung der Stahlhelmfeier in eine Polizeihundefeier hin. Das Orchester Seyfert (Halle) wartete mit guter Musik auf und kamen vor allem die alten Soldatenmärsche zu Gehör. So konnte der Abend trotz des Verbotes doch noch zu einem Erfolg kommen."

Der Zweck war also erreicht. Die Arbeiter mögen daraus lernen. Man braucht dem Ding nur einen anderen Namen zu geben und dann geht es famos. Wenn das bei den Stahlhelmern in Groß-Kayna möglich war, muß es auch bei anderen Gelegenheiten gehen.

Zeitnitz. Die letzte Gemeinderatssitzung beschäftigte sich mit einer Eingabe der Arbeitslosen, die u. a. folgende Forderungen enthielten: Einstellung in den Produktionsprozeß, Anerkennung des Arbeitslosenrates, Erlaubnis zum Holzlesen in den anhaltischen Staatsforsten, Abschaffung der Altersgrenze bei den Unterstützungen, Errichtung einer Volksküche, Anspruch auf die staatlichen Lieferungen von Brotmehl, Briketts, Milch usw. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, die Eingabe sofort an die Regierung weiterzuleiten, da die Stadt ohne Mittel sei. Der Besoldung des Schuldieners nach Gruppe 3 vom 1. September 1923 an wurde zugestimmt. Das wöchentliche Schulgeld für das Kinderheim und Kindergarten soll der des jeweiligen Brotpreises sein. Am Schluß der Sitzung erklärte der Bürgermeister noch auf eine Anregung des bürgerlichen Stadtverordneten Schiebler, daß, wenn die Ruhe und Ordnung weiter so gestört würde (die Arbeitslosen waren zahlreich in der Sitzung erschienen), er um verstärkten Polizeischutz nachsuchen müsse. Wahrscheinlich meinen die Herrschaften die faszistischen Umtriebe. Der Berichterstatter des „Volksblattes" von der Hauptstraße machte natürlich gleich eine Zustimmung des Gemeinderats daraus, die überhaupt nicht erfolgt ist. Ihr seht, Arbeiter, wie man Euch von dieser Seite gern wieder einmal Sipo auf den Hals hetzen möchte. Im weiteren schreibt „Emil" von der Stadtverordnetensitzung, daß zum Stadtverordnetenvorsteher Spitzbardt und zum Stellvertreter der Stadtverordnete Beyer (KPD.), bei Stimmenenthaltung der Mittelbaftischen Vereinigung gewählt wurden. Er stellt das so dar, als ob die Stimmenenthaltung nur bei der Wahl zum Stellvertreter geübt worden sei. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Arbeiter, gebt diesen Leuten die richtige Antwort, indem Ihr diese Zeitung abbestellt. Lest dafür den „Klassenkampf", der allein Euer Interessen vertritt.

Wer den „Klassenkampf" in dieser Woche regelmäßig erhalten will, zahle sofort die fälligen 25 Mill. Mk.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Straße 88 — Fernruf 1224. — **Leipziger Straße 88** — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Erstaufführung! Erstaufführung!

Die Frau aus dem Orient

6 Akte von Walter Wassermann.

Die Hauptrollen spielen:

Hedda Vernon, Oskar Marion
Esther Carena

Eine selten reiche Abwechslung von Bildern findet man in diesem Film. Aufnahmen aus dem Orient, heraufschend eingerichtete Paläste — dann die moderne Gesellschaft in ihrem Leben und Treiben, wobei als Hintergrund unter anderem wundervolle Winterbilder dienen.

Vorführung: 4.40 6.50 9.00

Der unübertreffliche

4095 **Paul Heidemann**

in dem Lustspiel in 3 Akten

Der Neffe als Onkel

— Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. —

Walhalla-Lichtspieltheater — Fernruf 1224. — **Walhalla-Lichtspieltheater** — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Gastspiel! Gastspiel!

Humorist Stops

mit seiner Varietégesellschaft in der Burleske

Ein Abenteuer im Witwenverein

Personen:

Peter Bessing, Schürzenfabrikant	Direktor Stops
Selma, seine Frau	Liesl Voigt
Otti, beider Tochter	Elje Ludwig
Amandus Hühnchen	Karl Voigt
Hedwig Fröhlich	Elvira Baier

Lachen! Lachen! Lachen!

Auftreten: Werktags 5.40, 8.20. Sonntags 4.45, 7.20, 9.45

Dazu:

Das gewaltige Zirkusdrama in 6 Akten

Unter Bestien

Sensationen! Atemraubende Geschehnisse! Sensationen!

Vorführ.: Werktags 4.00, 6.30, 9.00, Sonntags 3.00, 5.40, 8.20.

Alte Promenade 11a — Fernruf 1224. — **Alte Promenade 11a** — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 5. Oktober 1923:

Der Film, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.

Ein Dokument kühnen Forschergeistes!

Shakletons Todesfahrt zum Südpol

7 Akte! Letzte Expeditionsreise, von der Shakleton nicht zurückkehrte. 7 Akte!

Die letzte Fahrt Shakletons wurde seine Todesfahrt. Die Fahrt ging von London aus. An Bord ist alles wohl, trotz des hohen Seeganges in der Biscaya, der den kleinen Segler so hart mitnimmt, daß Lissabon angelaufen werden muß. Bolle geht Tags über die „Quest" auf dem Tajo, dann geht es weiter. Madeira, die märchenhaft schöne Insel, taucht am Horizont auf. Ein letzter Gruß: das Paradies versinkt wieder in den Wellen. Bei schwerer See stampft die „Quest" nach Süden zu. St. Vincent wird erreicht, dann die St. Paulsfelsen. Wir sehen eine Landung auf diesem weltentlegenen, von Vögeln und Krabben bevölkerten Felsen. Weiter geht die Fahrt, Rio de Janeiro bleibt zurück, Süd-Georgien, die Heimat der Wanderalbatrosse, wird gesichtet. Das Leben dieser Vögel und der drolligen Pinguine erscheint im Bild, ebenso die grotesken See-Elefanten. Eine aufregende Jagd auf Walfische folgt, dann wird Elephant-Island passiert, die ersten Eisberge tauchen auf dann Neuseeland, dann das gefährliche Packeis, das die „Quest" völlig einschließt. Der Kurs muß mühselig genommen werden, die entlegene Insel Tristan da Cunha taucht aus den eisigen Fluten. Dann beginnt die Rückreise und wir erleben das tragische Ende des großen Forschers und sehen sein einsames Grab an der Schwelle der Welt, deren Erforschung sein Lebenszweck war.

Vorführung: Sonntag 4.00, 6.30, 9.05 Werktags 4.40, 6.50, 9.05.

Die beiden lustigen Amerikaner

Fix und Fax im Suff, Fix und Fax im Zirkus.

4 Akte! 4 Akte!

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

K.P.D. Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsverein Halle

Die gewählten Vertreter des Allgemeinen Konsumvereins von jeder KPD.-Liste (die ersten drei Kandidaten) Freitag, 5. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Fraktion der Bauarbeiter. Sonnabend, 6. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer): Sehr wichtige Sitzung.

Eisenbahnerfraktion. Sonnabend, 6. Oktober, abends 7½ Uhr, erscheint die kommunistische Eisenbahnerfraktion zu einer wichtigen Besprechung in der „Produktiv-Genossenschaft".

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnis jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Herz 42/44.

Halle-Saalkreis

Kreiskonferenz Sonnabend, 6. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Prod.-Gen."

Lettin. Sonnabend, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Kamp: **Mitgliederversammlung.** Thema: Unsere Organisation. Referent: K. Baumgärtel, Halle.

Mansfelder Seekreis

[illegible] Freitag, 5. Oktober, abends 7 Uhr, im „Wildenhof": **Funktionärsitzung.** 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Thema: Organisation. Referent: Gen. Baumgärtel, Halle.

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Sonnabend, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof": **Mitgliederversammlung.**

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Herz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Breiter Weg 8. Zeitz, Liebfrauenstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 13. Wittenberg, Jurtenstraße 1a. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bockwitz, Volkshaus.

Postscheckkonto: Leipzig 108548 (Fritz Krod, Halle).

Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.

Schlußziehungen: Vom 10 000 000; B.-W. 50 000 000.

Stadt-Theater! Freitag, abends 7½ Uhr: **„Nibelungen"** Sonnabend, abends 7 Uhr: **„Tannhäuser".** 4082

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr: **Erster Klasse.** Die Verwandten Lotchens Geburtstag. Lustspiele v. Ludwig Thoma. 4083

Volkspark-Varieté. Ab heute täglich ½8 Uhr: **Gastspiel** des berühmten Komikers **Henri Gipser** und das große Varieté-Programm.

Uhren- u. Gold- Reparaturen zuverlässig. Billigste Preisberechnung. Gebrauchte Taschenuhren preiswert. 280 **Hermann Koch,** Uhrmachermeister, Liebenauer Str. 5.

Heizöfen, Kochöfen, 4078 Gasbacker, **Kochherde** für Notwohnungen Sparbacker, **Waschkessel. Christ. Glaser,** Gr. Klausstr. 24. Fernruf 6138.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Ihnen und uns wird der Einkauf bald zur Unmöglichkeit. Trotz aller Schwierigkeiten legen wir bei Anzahlung Ihre Ware zurück. **Monteur-Anzüge, Moleskin, Manchester-, feldgraue, engl. Leder- u. Streifenhosen, Zoppen und Arbeitshosen, Ulster, reinwoll. Herren-Strickjacken und Kinderjacken, Schlafdecken und Barchentunterröcke, Scheuerlüchen** und vieles mehr. 4087 **Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.** vormals **Reinke,** Leipziger Straße 55 I, am Riebeckplatz.

Nur eine Anzeige im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung **und Sie sind unser ständiger Inserent!**

Licht-Spiele — Am Riebeckplatz — Am Riebeckplatz

Schon ab heute, Donnerstag:

Hella Moja spielt die Hauptrolle in dem großen historischen Film-Werk

Felicitas Grolandin.

Die Tragödie eines Mädchens.

Eine Handlung monumentalster Größe, die uns erzählt von einer Liebe, so stark, daß sie bereit ist, das Leben gegen den Tod einzutauschen.

Bühne: **Leonorens Zopf.** Schwank von Karl Grube-Templin. Spielleitung: Hans Hübenguth.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Im Herzen der Stadt

Bekanntmachung.

Infolge der weiter fortschreitenden Markentwertung werden mit Wirkung vom 4. ds. Mts. folgende Preise festgesetzt:

Leuchtgas, Koch- u. Heizgas, das Kubikmeter	18	Millionen M
Gewerbegas	16	„ „
Lichtstrom die Kilowattstunde	23	„ „
Kraftstrom „ „	18	„ „
Strom, Großabnehmer „ „	12	„ „
Wasser das Kubikmeter	8,4	„ „

Halle a. d. S., den 3. Oktober 1923.

4084 Der Magistrat.

Martha Buchwald, Geiststraße 15 (Ecke Große Straße). Empfehle mein 4077 **Wäsche-Atelier** zur Anfertigung einfacher u. eleganter **Herren- und Damenwäsche.** Am schwarzen Brett: Aufforderung zur Zahlungsleistung vermögensloser Gläubiger. 4529 Magistrat Delitzsch.

Gummi-Sohlen u. Absätze Sohlleder im Ausschnitt **M. Winkler,** Lerchenfeldstr. 22 I.

Licht-Spiele — Gr. Ulrichstr. 51 — Gr. Ulrichstr. 51

Schon ab heute, Donnerstag:

Der stärkste, auch historisch wertvolle Episoden-Film:

Mit Stanley im dunkelsten Afrika.

Die ereignisreichste 5. Episode:

Wüstengefahren.

Hierzu:

„Er" als Ehemann.

Das tollste Lustspiel mit unserem Berichen.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. 4086

Im Herzen der Stadt

Wir verkaufen preiswert: Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Winterhosen, Männer-Strickjacken. **Dauerwäsche-Betrieb Al. Berlin 2,** eine Treppe. Eing. Sternstraße.

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen **Bettstellen u. Matratzen.** Weitgehendste Zahlungserleichterungen. **Bruno Paris, Halle a. d. S.** 4079 jetzt Leipziger Straße 12.

Geschlechtsleiden! Aufklärung tut not über: Syphilis-Lues, Schwäche-Harnröhre, à Heft 50 000 M, Porto extra. Keine Berufsstörg. keine gist. Einspr. Viele freiw. Anerkennung, auch in veralt. Fällen. Schreib. Sie sofort, welches Leiden Sie beunruhigt. Alles völlig diskret. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, G. m. b. H., Berlin NW 60, Rathenower Straße 73, Sprechst. 10—1, 5—7. [*263

Zeitungsträgerin für Pobritzsch gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Donner in Kitzendorf bei Brehna melden.

Zeitungsträgerin für Trotha sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. Buhle, Trothaer Straße 8a II, lks. melden.

Wittenberg

Bekanntmachung. Wir können zurzeit Gaskoks in größeren Mengen abgeben. Verkauf findet im Gaswerk von 7—12 Uhr statt. 894

Wittenberg, den 3. Oktober 1923.

Licht- u. Kraftwerke G. m. b. H., Wittenberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 4. Oktober 1923.

Parteinachrichten

Die Beitragshöhe der Marke Nr. 40 beträgt für die Ortsgruppe Halle:

1. Klasse	**2 500 000 Mk.**
2. Klasse	**1 800 000 „**
3. Klasse	**300 000 „**

Die neuen Beitragsmarken müssen sofort abgeholt werden.
Die Trotzki-Marke muß bis zum 10. Oktober restlos abgerechnet sein.

Die Ortsleitung.

Um was es geht

68 Personen im Umkreise Groß-Berlins verhungert. Laut Ausweis des Berliner Stadtbaustabs sind in der Woche vom 8. bis 14. September im Umkreise Groß-Berlins 68 Personen an Entkräftung gestorben.

Diese monotone Mitteilung der bürgerlichen Blätter ohne Kommentar beweist, daß die bürgerlichen Presseksasen, die sonst so gut gegen die Kommunisten wüten können, hierbei nicht wissen wollen, was die Meldung besagt. Oder müssen sie schweigen, weil ihre Pressechefs, die Stinnesse, es verlangen? Die vier Zeilen lange Notiz spricht eine sehr deutsche Sprache. Sie sagt klar und unzweideutig, um was es in Deutschland eigentlich geht. So wie in der Woche vom 8. bis 14. September 68 Menschen in der Umgegend von Groß-Berlin an Entkräftigung gestorben sind, so werden Millionen Menschen weiter zugrunde gehen. Warum? Weil die wirtschaftliche Grundlage, auf dem ein Volk seine Lebensexistenz aufbaut, vollkommen zerstört ist. Seit Jahr und Tag mühen sich die bürgerlichen Nationalökonomen ab, um „wissenschaftlich" festzustellen, wie wir „Wiederaufbau" treiben können. Es ist noch gar nicht so lange her, wo selbst von maßgebenden „Sozialisten" gejubelt wurde, daß die Produktivkräfte in Deutschland sich stabilisiert haben. Weil die Produktion „stieg", weil alle Rädchen surrten, weil alle Schornsteine rauchten, bildeten sich diese „Volkswirtschaftler" ein, der Kapitalismus habe sich konsolidiert. Sie zogen nicht die Tausenden aus dem Mittelstand in Betracht, die völlig enteignet wurden und so proletarisiert im „Produktionsprozeß" Verwendung fanden. Die „Produktionssteigerung", die dadurch zu verzeichnen war, geschah auf Kosten der mehr eingestellten Arbeitskräfte. Doch diese Kräfte brachen bald zusammen. Die Sklavenhalter dachten in ihrer Profitwut nicht daran, ihre Sklaven ausreichend zu ernähren. Die pauperisierten Mittelständler verfagten in der Leistung produktiver Arbeit, weil sie ihrem Körper nicht die nötigen „Wärmemengen" zuführen konnten. Sie starben an Entkräftigung. Ein Teil hält sich zwar noch über Wasser, und die bürgerliche Presse meldet tagtäglich von den „großen Felddiebstählen", von „Massenplünderungen" der Felder und dergleichen. Sie schreit nach Polizei. Verstärkter Flurschutz jagt über die Aecker. Stahlhelmer bieten sich als „Ehrenfeldhüter" bei den Landwirten an. Doch können sie den Hunger stillen? Der Reichspräsident verhängt den Ausnahmezustand. „Gegen Putsche von rechts", lügt die sozialdemokratische Presse dazu. Aber gegen hungrige Arbeiter wird gewütet. Erwerbslose werden in schamloser Weise von der bürgerlichen Presse beschimpft. Kleine Felddiebstähle werden in den bürgerlichen Zeitungen als große Plünderungszuzüge aufgemacht. Und warum? Die Auftraggeber der Pressefanaten wissen, daß das Hungergespenst rast, daß Lebensmittelkundgebungen kommen werden. Sie wissen auch, daß hungernde Massen leicht zu bewegen sind. Scheiben einzuschlagen. Die bürgerliche Gesellschaft wittert Gefahr, daß das dreimal-heilige Eigentum zum Teufel geht. Auch der Ausnahmezustand wird den Hunger nicht beseitigen. Können die Oberbefehlshaber, die wirtschaftliche Grundlage so regulieren, daß jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten die Lebensexistenz gesichert ist? Nein! Dazu fehlen ihnen die Vorbedingungen für diese Handlungen. Die maßgebenden Kreise wissen sehr gut, wo der Hafen an Deutschlands Niederbruch sitzt. Sie können ihn nicht lösen, weil sie sich dann selbst lösen müßten. Also wird das Elend, die Not und das Hungergespenst bleiben, solange nicht der entscheidende Schritt getan ist. Das sozialdemokratische „Volksblatt" schrieb vor einigen Tagen vom „Kaiserschnitt". Die sozialdemokratischen Geburtshelfer haben jedoch nicht gewagt, den „Kaiserschnitt" auszuführen. Nur die Kommunisten werden ihn vornehmen durch **Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.**

*

Gestern vormittag fiel in der Lindenstraße ein zwölfjähriges Mädchen in Ohnmacht. Es war nur notdürftig gekleidet und barfuß und befand sich auf dem Wege zum Kartoffelstoppeln. Vorübergehende Arbeiter nahmen sich des vor Hunger völlig erschöpften Mädchens an.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Belagerungszustandes

Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde am 26. September (nachts) die vollziehende Gewalt vom Reichspräsidenten dem Reichswehrminister übertragen. Der Belagerungszustand hat aber nicht nur schwerwiegende Folgen für das politische Leben, er beeinflußt auch die Wirtschaft. Nachfolgende Zahlengegenüberstellung gibt eine Uebersicht, wie in wirtschaftlicher Hinsicht **die Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt wird.**

Der Dollarkurs

vor dem Ausnahmezustand:		während d. Ausnahmezustandes:	
27. September (amtlich)	142,4 Mill.	1. Oktober	242,6 Mill.
27. „ (Freiverkehr)	155,0 „	1. „	350,0 „

Lebensmittelpreise:

20. Sept.	Zucker	7,5 Mill.	1. Oktober	18,6 Mill.
20. „	Brot m. Marken	3,3 „	1. „	13,0 „
20. „	Milch	4,2 „	1. „	8,0 „
20. „	1 Ei	3,3 „	1. „	6,2 „
20. „	Kalbfleisch	17,8 „	1. „	54,0 „
20. „	Briketts Ztr.	67,0 „	1. „	115,7 „
20. „	Gas cbm	3,4 „	1. „	11,0 „

Ist das Sicherheit und Ordnung, wenn die Mehrheit der Schaffenden ihrem Körper nicht genügend Nährstoffe sichern können? Die Gesundheit der produktiv Tätigen ist gefährdet. Ist das Ordnung, wenn in dem gleichen Zeitpunkt,

wo die Arbeitslosenziffer steigt, der Achtstundentag beseitigt werden soll?

Unter dem Belagerungszustand kann der Achtstundentag beseitigt werden (Verordnung Kahr), kann die Erwerbslosenunterstützung abgebaut werden. Unter dem Belagerungszustand kann sich der Berliner Straßenbahner, der jetzt

14 bis 17 Stunden Schicht arbeiten

muß, nicht wehren. Der Warenumsatz hat in solchem Umfange nachgelassen, daß in einem Berliner Warenhaus 25 Prozent der Angestellten am 1. Oktober entlassen wurden. In einem Berliner Spezialgeschäft, das vor dem Kriege einen durchschnittlichen Tagesumsatz von 3000 bis 4000 Goldmark hatte, muß jetzt froh sein, wenn es täglich für 300 bis 400 Goldmark Waren verkauft.

Der Belagerungszustand verschärft die industrielle Krisis. Je länger er dauert, desto schwieriger wird die Lösung. Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei, die Sachwerterfassung, ist die einzige Rettungsmöglichkeit.

Was wird getan? Was tut die VSPD.? Was tut der ADGB.? Er veröffentlicht ein Steuerprogramm, für das er nicht praktisch kämpft. Was tut die Opposition in der VSPD.? Sie nimmt Resolutionen an und wartet tatenlos ab, was geschieht. Arbeiter, Angestellte, Beamte! Durch Euren Massendruck müssen Eure Organisationen zu entscheidenden Handlungen gezwungen werden. Der Weg und die Mittel sind durch das Programm der Kommunistischen Partei und der revolutionären Betriebsräte gegeben.

*

Ein Liter Milch 8 Millionen Mark

Die Milchwucherer haben den Milchpreis wieder um fast 100 Prozent erhöht. Seit gestern kostet ein Liter Milch im Kleinhandel 8 Millionen. Anscheinend schämt sich die hiesige Preisprüfungsstelle, uns diesen Wucherpreis mitzuteilen. Denn wir haben bis heute noch keine Mitteilung über den neuen Milchpreis.

*

Ein Zentner Briketts 163 Millionen

Die Kohlenpreise passen sich sehr schnell an den Dollarkurs an. Ein Zeniner Briketts kostet jetzt 163 Millionen. Vor dem Kriege konnte sich der Arbeiter für einen Stundenlohn einen Zentner Briketts kaufen, heute muß er dafür acht Stunden arbeiten.

Planmäßiger Lohnabbau im Braunkohlenbergbau

Die Kohlenbarone gehen jetzt, nachdem sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer auf legalem Wege wieder die Macht an sich gerissen haben, dazu über, die abgeschlossenen Tarife zu sabotieren und den Lohnabbau durchzuführen. Die Hallesche Pfännerschaft macht damit den Anfang. Am 3. Oktober wurde der Belegschaft bekanntgegeben, daß die Direktion jetzt eigene Lohntafeln herausgibt. Bereits bei der ersten Lohntafel tritt ein erheblicher Abzug in Kraft, und zwar im Schichtlohn für die erste Lohnklasse 26 Millionen. Bei den niedrigeren Lohnklassen ist der Abzug noch größer. Die reaktionären Gewerkschaftsführer sind über diese Lohnabbauoffensive ganz hilflos geworden und haben sich nach Berlin gewandt. Diese Undankbarkeit kam ihnen doch überraschend. Es ist aber trotzdem nicht zu hoffen, daß die Gewerkschaftsführer nunmehr eine andere Taktik einschlagen werden oder daß ihnen zum Bewußtsein kommen würde, daß sie kämpfen müssen. Sie werden vielmehr selbst alles aufbieten, das Stinnesprogramm zur Durchführung zu bringen. Die Arbeiterschaft wird darum selbst den Kampf auf breiter Grundlage organisieren müssen, um sich das zum Leben Notwendige zu erkämpfen.

Lohndifferenzen im Verkehrsgewerbe

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben:

Die Lohnverhandlungen für die Arbeitnehmer im Handel- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend nebst Merseburg sind für die laufende Woche zwischen den Parteien gescheitert. Der Schlichtungsausschuß ist zur Beilegung des Lohnstreites angerufen. Der Arbeitgeberverband hat sich verpflichtet, morgen, Freitag, vorläufig das diesmalige Mehr der Indexziffer auf die bestandenen Löhnsätze zu zahlen.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Auf Grund der Steigerung des Reichsindex um 97 Prozent beträgt der Stundenlohn für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober 1923 in der ersten Lohntlasse 23 553 000 Mk., in der zweiten Lohnklasse 21 198 000 Mk.

Seitens der Arbeitgeber wurde das Verlangen an uns gestellt, dieses Lohnabkommen einer Aenderung zu unterziehen, da sie den Lohn nicht mehr zahlen könnten. Es können jedoch unsererseits keine Konzessionen gemacht werden. Wir ersuchen die Kollegen vielmehr, unbedingt diese Löhne zu verlangen, und zwar immer in der Höhe, wie sie mitgeteilt werden.

Sieg der Kommunisten bei der Konsumwahl

An der Vertreterwahl des „hallischen Konsumvereins" haben sich nur 12 Prozent aller Mitglieder beteiligt. Gegen die Wahlbeteiligung in anderen Städten hat Halle noch nicht am schlechtesten abgeschnitten, aber trotzdem zeigt diese Wahlbeteiligung, daß noch große Arbeit zu leisten ist. Abgegeben wurden insgesamt 2159 Stimmen, davon waren 3 ungültig. Die unter der Firma „Genossenschaftlicher Aufbau" segelnde Liste der Stresemannsozialisten erhielt 569 Stimmen (42 Vertreter), dagegen wurden auf die **Liste der KPD. 1587 Stimmen** (117 Vertreter) abgegeben.

Das 100fache der Septembermieten im Oktober

In der gestrigen Mitgliederversammlung des Mieterverbandes im großen Saale des „Volkspark" sprach der Kollege Langheinrich über die Lage auf dem Miets- und Wohnungsmarkte. Durch eine Fülle Material aus der Praxis war es ihm möglich, die trockenen Probleme lebendig zu gestalten. Auf die Veränderungen im Kündigungswesen ging er besonders näher ein. Die sparsame Bauweise sorgt dafür, daß in wenigen Jahren die neugebauten Häuser Schutthaufen werden. Das ist schlechte Wohnungsbaupolitik. Keine Goldlöhne, aber Goldmieten will die Regierung einführen, weil sie irrtümlich glaubt, damit die Bautätigkeit steigern zu können.

Dann gab Kollege Hopf Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat. Im Oktober ist das 1 452 000fache der Grundmieten gegen das 20 315fache im September zu zahlen. Die Verwaltungskosten sind von 3995 auf das 396 000fache gestiegen. Leider ruft diese ungeheure Erhöhung, die die Erhöhung der Löhne ums Fünffache übertrifft, nicht alle Mieter so auf den Plan, wie es notwendig wäre. Unsere Worte in den Verhandlungen haben nichts genützt. Mit einem Federstrich hat die Regierung die ganze mühselige Arbeit zerstört. Sie würde mit den Mietern noch anders verfahren, wenn der Mieterverband überhaupt nicht existierte. Diese Erkenntnis verlangt von allen Mietern engsten Zusammenschluß in ihrer Organisation und Ausbau derselben zu einem bestimmten Machtfaktor.

Der Referent schlägt dann vor, eine Delegation zur Regierung nach Merseburg zu entsenden, die dort die Interessen der Mieter verteidigen soll. Nach einer kurzen Aussprache wird auch so beschlossen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Von der Metallarbeiterfraktion wird uns geschrieben: Am Freitag, dem 5. Oktober, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des „Volksparks" eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Ein Mitglied vom Hauptvorstand wird über die Reorganisation in der Zahlstelle Halle sprechen und über die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie, die heute vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden. Alle kommunistischen Metallarbeiter müssen unbedingt an dieser Versammlung teilnehmen. Außer dem Verbandsbuch ist das Mitgliedsbuch der Partei mitzubringen, da nach der Versammlung eine wichtige Fraktionssitzung stattfindet. Zu dieser werden nur Genossen zugelassen, die sich durch Parteiausweis legitimieren.

Der Fraktionsvorstand.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Freitag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 28 II, statt.

* **Billiges Material für die hallischen Künstler.** Der hallische Künstlerrat erhielt durch den Minister des Innern von der Notgemeinschaft der deutschen Kunst den Auftrag, bis zum 15. Oktober 1923 besonders befähigte, zugleich aber bedürftige und möglichst jüngere künstlerische Persönlichkeiten und ihren Bedarf an Materialien dem Kuratorium der Notgemeinschaft mitzuteilen. Auskunft über alles Nähere wird am 5. und 6. Oktober, vormittags von 11 bis 12 Uhr, in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 8, erteilt. Bis spätestens 10. Oktober müssen die dort erhältlichen Anmeldebogen ausgefüllt an dieselbe Adresse eingesandt sein. Die Zuteilung des Materials erfolgt dann nach dem Ermessen des Kuratoriums, und zwar zum Fünftel des Tagespreises.

* **Aus dem Polizeibericht.** Am Mittwochabend wurde im Hause Magdeburger Straße 13 eine in der Rathausstraße wohnende Frau besinnungslos und aus einer Kopfwunde blutend von Hausbewohnern aufgefunden. Die Frau war auf der Treppe ausgeglitten und diese hinabgestürzt. Sie mußte der Klinik zugeführt werden. — Die auf Grund des Polizeiberichts in unserer Zeitung gebrachte Notiz über den Selbstmord durch Vergiftung im Grundstück Wöllberger Weg 6 wird dahin berichtigt, daß nach ärztlicher Feststellung der Tod des Goldschmiedes Kurt Tert nicht auf Vergiftung, sondern auf Herzschlag zurückzuführen ist.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Alle Kinder treffen sich am Freitagnachmittag 4 Uhr im „Volkspark". Werkzeuge sind mitzubringen.

* **Nicht aus Hunger.** In der Sonntag-Nacht versuchten vier Söhne hiesiger besserer Eltern in die Villa eines Arztes in der Schiedemannstraße zu steigen. Sie hatte aber den Einbruch vernommen und die Schutzpolizei telephonisch benachrichtigt, die die Täter antraf und festnahm. Sie sind dem Gerichtsgefängnis zugeführt werden.

* **Wo sind Kürbisse gestohlen?** Am Montagvormittag ist in einem Gebüsch ein Sack mit fünf geschnittenen Kürbissen neben aufgefunden worden. Letztere dürften aus einer Gärtnerei herrühren. Der Eigentümer wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37 oder 38, einzufinden. Dort befinden sich auch die Kürbisse.

* **Einbruch.** In der Nacht zum Mittwoch wurde in der Zinksgartenstraße in die Kellerräume der Firma Jankowsky nach Eindrücken der Fenster eingebrochen. Gestohlen wurden Felle im Werte von etwa 4 Milliarden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Ammendorf, Dieskau und Döllnitz. Achtung, Bauarbeiter! Am Freitag, dem 5. Oktober, abends ½8 Uhr, findet in Ammendorf, „Elsterkai", eine vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der Union, Gruppe Baugewerbe, einberufene gemeinsame Versammlung statt. Alle Genossen, welche in diesen beiden Organisationen organisiert sind, sind verpflichtet, restlos zu erscheinen.

Theater und Konzerte

Symphoniekonzert der „Volksbühne"

Das erste klassische Symphoniekonzert der „Freien Volksbühne" war in der programmatischen Einordnung eine glückliche Zusammenstellung wuchtiger, aufrüttelnder und leichter, graziöser Musik.

Wie zwei klassische Säulen wirkten die 7. Symphonie in A-Dur und die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven. Dazwischen prangte die Nachtmusik von Mozart, die beiden Lieder „Das Gebet aus Oberon" von Weber und die Arie aus der „Zauberflöte" von Mozart.

Dicht gedrängt lohnte die Zuhörer, meist Arbeiter, um der revolutionären Allgewalt Beethovenscher Töne zu lauschen. Die 7. Symphonie, beginnend mit verhaltener Kraft und sich schon im ersten Satz zu elementarer Wucht entfaltend, umfaßt den Hörer im melodischen zweiten Satz, um zum Schluß in gewaltigen Akkorden an den Toren des Weltalls zu rütteln. Mozarts Nachtmusik entfaltete gefällige Rhythmen.

Das Orchester, dirigiert von Oskar Braun, der erste Kapellmeister des Stadttheaters, ohne besondere Effekthascherei. Die Besetzung geigte sich der großen Aufgabe gewachsen.

Herr Fritz Berghoff sang die beiden Lieder, als ob das Publikum eine besondere Gnade erführe. Der Beifall, den er wie ein Kabarettsänger quittierte, war zum größten Teil unverdient. —ell.

Die „Libelle" hat in diesem Monat eine auserlesene Künstlerschar zusammengestellt. Irmgard Wilhelmy wirkt mit ihren Kinderdichtungen auf das Gemüt. Der Groteskomiker Albert hält sich sehr im Gegensatz zu seinen Kollegen an anderen Bühnen von der nationalistischen Phrase frei und leistet an Gesichtsmuskelverrenkungen Erkauntliches. Anni Anita ist eine temperamentvolle Subrette, die im Einzelvortrag und mit ihrem Partner moderne Lieder singt. Joe Sunder, der komische Jongleur, ist nicht nur ein Jongleur, sondern wirkt durch seine Komik auf die Lachmuskeln ein, jedenfalls eine Nummer für sich. Fünf Narbias führen in dezenter Art Schönheitstänze auf. Die Art ihrer Aufführung unterscheidet sich sehr vorteilhaft von den Gebrüdern mancher anderen Tanztruppen. Alles in allem ein Programm, das empfohlen werden kann.

Volkspart-Varieté. Die Leitung des Volkspark-Varietés hat trotz des großen Spielplans noch den berühmten Komiker Henri Gipser für ein kurzes Gastspiel verpflichtet. Gipser tritt ab heute im Volkspark-Varietés auf. Von den großen Varieté-Nummern ist ganz besonders die Kunstradfahrnummer mit Fox, dem lesenden Hund, hervorzuheben. Fox liest und schreibt, was das Publikum bestellt. Echt russische Tanzkunst bieten Sascha und Tanja Feodorow.

Arbeiter-Sport

Achilles von 1890. Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, spielt die erste Handballmannschaft gegen die zweite. Die Mannschaften haben pünktlich zu erscheinen. Mittwoch: Vorstandssitzung. Freitag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Germania-Fellsenfest Kreismeister des 5. Kreises in Weinheim und Heidelberg in Baden. Am Sonnabendabend trafen in Weinheim die Hallenser zum Kampfe in folgender Aufstellung an: Gutsche, Kleine, Meye, Graf (als Ersatz für Sachse, der in letzter Stunde abgesagt hatte), Pfeiffer und Reisel. Die Hallenser mußten eine hohe Niederlage mit nach Hause nehmen: 17 : 7. Niederlagen erlitten Gutsche, Graf, Pfeiffer (je 2), Kleine eine Selbstmeisterlage und einen Sieg, während Reisel und Meye unentschieden kämpften. Schuld an der Niederlage ist wohl, daß die Hallenser nicht geschlafen hatten. Am Sonntagnachmittag kämpfte dieselbe Mannschaft in Heidelberg. Die Hallenser errangen hier einen schönen Sieg mit 17 : 7 Punkten. In den Siegern waren beteiligt: Reisel zweimal, Kleine, Meye, Graf je einmal, Gutsche und Pfeiffer rangen zweimal unentschieden. Auch hier prächtige Sportkolegen. Der Kreisvorsitzende des 17. Kreises, Genosse Schnädele, sprach sich sehr lobend über unsere Mannschaft aus, vor allem gefiel das frische Kampfen. Den Weinheimern und Heidelbergern sei auch an dieser Stelle auf das herzlichste gedankt. Der Retourkampf mit den Siegern aber Halle findet noch in diesem Jahre statt.

Ein Jugendringen in vier Klassen veranstaltet Germania-Fellsenfest am Sonnabend, dem 6. Oktober, im „Goldenen Hirsch". Anfang 7 Uhr abends. Alles andere siehe morgige Anzeige.

5. Kreis, Bezirk Halle, des VAB. Deutschland. Um unsere Zeitung vor dem Untergang zu bewahren, müssen sofort in allen Vereinen Sammellisten angelegt werden. Die Gelder müssen sofort an den Kassierer Lange gesandt werden. Die Beiträge für Oktober müssen ebenfalls in allerkürzester Zeit beim Kassierer Lange entrichtet werden. Die Mitgliedsbeiträge betragen 300 000 Mk., für Jugendliche 150 000 Mk. Eintrittsgeld 200 000 Mk.

Serienspiele. Am Sonntag, dem 7. Oktober, nehmen die Serien ihren Fortgang, und zwar finden folgende Spiele statt: 4 Uhr: Minerva 1. — Sportlust 1. (Schmiedle, Viktoria); 4 Uhr: Viktoria 1. — Kolania 1. (Schröder, Trotha); ¾4 Uhr: Germania 1. gegen Fortuna 1. (Koch, Sportlust); ¾4 Uhr: Merseburg 1. — Trotha 1. (Kaus, Dürrenberg); 2 Uhr: Minerva 2. — Sportlust 2. (Viktoria); 2 Uhr: Viktoria 3. — Kolania 2. (Sportlust); 2 Uhr: VfB. Leitz 2. — Fortuna 2. (Trotha); 2 Uhr: Merseburg 3. — Trotha 2. (Dürrenberg); ½1 Uhr: Minerva 3. — Viktoria 3. (Astania); 3 Uhr: Dürrenberg 3. — Leitz 3. (Merseburg); 3 Uhr: Fortuna 3. — Kolania 3. (Trotha). Jugend-Mannschaften: ¼1 Uhr: Merseburg — Viktoria (Dürrenberg); ½2 Uhr: Dürrenberg — Kolania (Minerva). Erster Berein bant. Berein in Klammern stellt Schiedsrichter.

Germania-Fellsenfest. Die neue Runde um die Bezirks-Meisterschaft beginnt am Sonntag, dem 7. Oktober, und zwar tritt Germania-Fellsenfest dem Sportklub 09, Halle, abends 7 Uhr, im „Goldenen Hirsch" mit seiner ersten und zweiten Mannschaft gegenüber. Die erste Mannschaft tritt wie folgt an: Gutsche, Kleine, Meye, Sachse, Pfeiffer, Reisel, dazu die beiden Jugendlichen Meye und Nuschwitz. Die zweite Mannschaft ist wie folgt zusammengestellt: Salzmann, Fiebig, Graf, Otto Pfeiffer, Tanner und Lehmann und die beiden Jugendlichen Markgraf und Schmidt. Freitag, den 5. Oktober, Versammlung, in der evtl. noch Aenderungen vorgenommen werden.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	4. 10. Geld	4. 10. Brief	3. 10. Geld	3. 10. Brief
Amsterdam	215 460 000	216 540 000	172 567 500	173 432 500
Brüssel	26 932 500	27 067 500	221 445 000	22 255 500
Italien	24 438 750	24 561 250	19 750 000	19 849 500
London (1 Pfd. Sterl.)	2493 750 000	2505 250 000	1995 000 000	2500 000 000
Neuyork (für 1 Dollar)	548 625 000	551 375 000	438 900 000	441 100 000
Paris	31 920 000	32 080 000	26 134 500	26 265 500
Schweiz	97 954 500	98 445 500	78 403 500	78 796 500
Wien D.-Oesterr. abgest	7 730 000	7 770 000	—	—

1 Goldmark am 4. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 130 952 380 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 551 375 000 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0005

Offensive der mitteldeutschen Grubenbarone

Aufhebung des Achtstundentages — Lohnbetrug Kohlengewinnerwucher

Im mitteldeutschen Grubengebiet scheinen sich große Kämpfe vorzubereiten. **Im Zeitz-Weißenfelser Revier wollen die Grubengewaltigen unter allen Umständen den Zehnstundentag einführen.** Wie dem Zeitzer „Volksboten" berichtet wird, ist bereits auf einigen Gruben die dritte Schicht eingezogen und die erste und zweite Schicht durch eine längere Pause unterbrochen worden. Man will damit, in Verbindung mit den schlechten Zugverbindungen, die Arbeiter zum Zehnstundentag veranlassen. Auf einigen Gruben hat man bereits Listen für den Zehnstundentag ausgelegt und die Arbeiter zur Unterschrift gezwungen. Wer nicht unterschreibt, soll nur 24 Stunden arbeiten.

Und das wagen die Unternehmer den Arbeitern zu bieten, trotzdem die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt! Selbst die bürgerliche Presse kann nicht mehr darüber schweigen. Sie bringt jetzt folgende Notiz:

Teuchern. Zunahme der Arbeitslosigkeit. Auf einzelnen Gruben finden fast allwöchentlich Entlassungen statt. Einige Baggerbetriebe sind als vollständig unrentabel stillgelegt. Auf anderen ist die Arbeitszeit teilweise ganz erheblich eingeschränkt. In den meisten Brikettfabriken sind diese Woche die ersten Feierschichten eingelegt worden. Aber auch in anderen Betrieben finden Entlassungen statt. So haben auch bei der Elektrizitäts-Gesellschaft Sachsen-Anhalt Abkehrungen stattgefunden und andere sollen folgen. Ebenso sind verschiedene Privatbetriebe genötigt, die Zahl der Arbeiter bzw. die Arbeitszeit einzuschränken. So werden die Aussichten für den Winter immer trüber. — Am Sonnabend war Herr Hugo Stinnes in Deuben und besichtigte u. a. das elektrische Kraftwerk auf Grube „Marie".

Stinnes fordert den Zehnstundentag und die Kohlengewaltigen führen ihn durch. Was werden demgegenüber die Arbeiter tun? Sie, die von den Kohlenbaronen systematisch auch noch um ihren Lohn betrogen werden! Die Löhne werden nur teelöffelweise ausgezahlt, so daß sie immer an Wert verloren haben, wenn sie in die Hand des Arbeiters gelangen. Statt am Mittwoch wird erst am Freitag gelöhnt, und dann gibt es nur einen Teil Lohn. Den Profit haben die Unternehmer, die zudem noch die Kohlenpreise derart in die Höhe schrauben, daß die Bevölkerung sich kaum Kohlen mehr kaufen kann und im Winter frieren muß. Der Brikettpreis, der am Montag noch auf **60,5 Millionen** stand, ist heute bereits auf **80 Millionen Mark** geklettert. Auf der einen Seite ungeheure Milliardengewinne, auf der anderen Seite **Massenentlassungen und Einführung des Zehnstundentages.**

Will sich die Arbeiterschaft diesen kapitalistischen Wahnsinn noch länger gefallen lassen? **Nein, und abermals nein!** Die Unternehmeroffensive muß unter allen Umständen gebrochen werden. Die Arbeiterschaft muß die Gegenoffensive unverzüglich aufnehmen. Es darf damit nicht länger mehr gezögert werden. Die Arbeiter müssen Belegschaftsversammlungen veranstalten und in Verbindung mit den Betriebsräten das Notwendige veranlassen. In Betriebsrätekonferenzen muß dann die letzte Entscheidung fallen. Arbeiter, auf die Schanzen! Der Feind greift an!

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Oberschlesien

In Zaborze (Schles.) ist ein Streik der Elektrizitätsarbeiter ausgebrochen. Der größte Teil Oberschlesiens wird von Zaborze aus mit Licht und Kraft versorgt, so daß durch den Streik verschiedene Werke lahmgelegt werden.

Ein Vorstoß für die Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne

Unter der Ueberschrift: „Lohn und Leistung im Kohlenbergbau" gibt die „DAZ." der in Frage kommenden Organen den Wink, die Bergarbeiterlöhne abzubauen. Am 1. Oktober wurde die Forderung im Ruhrkohlenbergbau wieder aufgenommen. Eine Uebersicht über die Höhe der Förderung ist noch gar nicht möglich, trotzdem gibt die „DAZ." die Schuld an den Ueberweltmarktpreisen der deutschen Kohle den „stark erhöhten" Löhnen. Die tägliche Förderung pro Arbeiter beträgt nach Angabe der „DAZ." heute etwa 400 Kilogramm gegen 900 Kilogramm im Frieden. Durch Anpassung der Löhne an die Leistung wäre es möglich, im gesamten Ruhrgebiet täglich etwa 300 000 Dollar zu sparen, meint die „DAZ."

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Berechnung der Kohlenförderung nicht pro Kopf der Gesamtarbeiterschaft, sondern nur pro Kopf der Untertagsarbeitererfolgen darf. Ferner ist durch den Raubbau an den technischen Einrichtungen die Leistungsfähigkeit der Kohlenförderung bedeutend vermindert. Die Löhne der Bergarbeiter sollen herabgesetzt werden, damit auf Kosten der Arbeitskraft **die Ruhrkreditkorruption** bezahlt wird. Mit den Löhnen, die den Bergarbeitern gezahlt werden, können dieselben nicht einmal die Hälfte der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel erwerben. Die Industriellen erwarten, daß ihnen mit Hilfe der französischen Bajonette eine Beseitigung des Achtstundentages und Herabsetzung der Löhne möglich wird. Die Bergarbeiterschaft wird sich dagegen zu verteidigen wissen.

Die kommunistische Presse in Sachsen verboten

(WTB.) Berlin, 4. Oktober.

Wie der „L.A." aus Dresden meldet, hat das Wehrkreiskommando die gesamte sächsische kommunistische Presse wegen eines Aufrufes der KPD.-Zentrale, der Beleidigungen der Minister Sollmann und Hilferding enthalten soll, verboten. Das Verbot ist nicht befristet.

*

In Thüringen hat der General Reinhardt das „Gothaer Volksblatt" und die „Neue Zeitung", Jena, verboten. Damit ist in Thüringen und Sachsen die gesamte kommunistische Presse mundtot gemacht.

Der Vorwand des Verbots, die Minister Hilferding und Sollmann seien durch den Aufruf der KPD.-Zentrale beleidigt worden, kann die Absicht der Militärdiktatur nicht verschleiern, die kommunistische Presse in Sachsen und Thüringen mundtot zu machen, um umso leichter die revolutionäre Arbeiterschaft an die Wand drücken zu können. Das Verbot der kommunistischen Presse in Sachsen und Thüringen ist Vorarbeit für das kommende Weiße Direktorium, das nach den Wünschen der Schwerindustriellen und der Großagrarier Schluß machen soll mit allen Kompromissen mit den Sozialdemokraten und erst recht mit der „Kommunistenwirtschaft in Sachsen und Thüringen." Der Versuch, durch das Verbot der kommunistischen Presse die revolutionäre Arbeiterschaft ihrer richtigen Führung zu berauben, wird mißglücken. Die Arbeiter in den Betrieben werden Mittel und Wege finden, die Aufklärung zu verbreiten, die notwendig ist, um die Gefahr der Weißen Diktatur zu enthüllen und alle Schaffenden in der eisernen Front des Proletariats zur Abwehr des Weißen Terrors zusammenzuführen. Die Presseverbote der Militärdiktatoren selbst sagen den Arbeitern deutlich genug, was sie von der Militärdiktatur, als Wegbereiterin des Weißen Terrors, zu gewärtigen haben.

Neue Provokationen der Militärdiktatur in Sachsen

Die Generale, die heute Sachsen beherrschen, bereiten neue Provokationen gegen die sächsische Arbeiterschaft vor. Die Kontrollauschüsse sind verboten worden. Jetzt will Müller die proletarischen Hundertschaften verbieten. Die sächsische Arbeiterschaft soll wehrlos gemacht werden, damit die Faszisten bei ihrem Einfall in Sachsen leichtes Spiel haben. Die bürgerliche Presse setzt einstimmig, offensichtlich auf einen Wink von oben aus, mit einer infamen Hetze gegen die proletarischen Hundertschaften ein. Die „Telegraphen-Union" bringt Nachrichten von angeblichen Plänen der sächsischen Regierung über die Angliederung der Hundertschaften an die Polizei. Alles wird in übelster Scharfmachermanier zurechtfrisiert.

Die Generale üben die tatsächliche Macht in Sachsen aus. Die sozialdemokratische Regierung hat sich vollkommen an die Wand drücken lassen. Die sächsische Sozialdemokratie wagt es nicht, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern, sondern beschränkt sich auf die Forderung eines Zivilkommissars. Diese Ausflucht, die besonders schlau sein soll, verrät nur die größte Schwäche und Konfusion. Ein sozialdemokratischer Zivilkommissar wird immer nur eine Marioneite in der Hand eines Reichswehrgenerals sein können. Ein Parlieren, ein Herumhandeln mit der Militärdiktatur kann die Arbeiterschaft nur schwächen.

Die Kommunistische Partei hat der sächsischen Sozialdemokratie ihren Eintritt in die Regierung empfohlen, mit der Bedingung, daß sofort der energischste Kampf mit allen Mitteln gegen die Militärdiktatur und die faszistische Gefahr organisiert wird.

Die Sozialdemokraten beschwerten sich sonst darüber, daß die KPD. nicht in die Regierung hineingehe, und erhoben noch unlängst in Thüringen ein großes Geschrei darüber, daß die Kommunisten sich nicht als ministerielles Feigenblatt für ihre opportunistische Politik hergeben wollten. In der sächsischen Sozialdemokratie herrscht heute, angesichts der Bereitschaft der KPD., durch die Teilnahme an einer Arbeiter- und Bauern-Regierung in Sachsen zur Stärkung der proletarischen Abwehr beizutragen, ein einziges Zögern und Schwanken. Die sächsische Sozialdemokratie bildet eine Kommission aus sechs Mann, die eigene Bedingungen für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. ausarbeiten sollen. Die Zeit ist jetzt aber wahrlich nicht dazu da, um in Kommissionen verschwendet zu werden.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihre Führer zwingen, dem einmütigen Willen der sächsischen Arbeiterschaft Folge zu leisten und sich in die Kampffront gegen die Militärdiktatur einzureihen.

*

Ein Protest der „Sächsischen Staatszeitung" gegen die Reichspolitik

Die „Sächsische Staatszeitung" schreibt:

„Mit Hilfe des Belagerungszustandes soll die Bewegungsfreiheit der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen, im Interesse der bürgerlichen Reaktion eingeschränkt, wenn nicht gar aufgehoben werden... Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, die in Sachsen die Regierungsgeschäfte führt, wird sich in der Reichsregierung genau überlegen müssen, ob sie die Verantwortung für einen solchen Gang der Dinge übernehmen kann. Wenn sich die Militärdiktatur gegen das sozialistische Sachsen auswirkt und gegen die Rechtsdiktatur erfolglos bleibt, dann ist die Autorität der Republik in den Augen der republikanischen Massen so erschüttert, daß sie bald den letzten Atemzug tun wird ... Das ist eine Ueberlegung, von der die sozialdemokratische Regierung in Sachsen unter keinen Umständen abgehen kann, wenn sie nicht selbst zum passiven Opfer einer solchen Politik werden will. ..."

Die Kapitalsverschieber

Der Metallkonzern N. Levi & Co. in Berlin hat mit Hilfe der Darmstädter- und National-Bank, wie der Wiener Merkur-Bank in Wien eine neue Gesellschaft gegründet, die Mineralochemie A.-G. für metallurgische und chemische Produkte.

Aus der Provinz

Kindertransport nach Worpswede

Wir fordern hierdurch die Frauen auf, deren Kinder zum Transport nach Worpswede vom Zentralkomitee bestimmt waren, dem Bezirkskomitee der „Roten Hilfe", Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, umgehend mitzuteilen, ob sie die Kinder mitschicken oder nicht. Wenn wir bis zum 10. Oktober noch nicht im Besitz der Antwort sind, lesen wir uns genötigt, andere Kinder für den Transport herauszusuchen. Der Transport geht am 15. Oktober nach Worpswede ab.

Bezirkskomitee der „Roten Hilfe", Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Weißenfels. Die Reichswehr hat jetzt etwas anderes zu tun. Infolge der derzeitigen allgemeinen Lage ist das von der Leipziger Reichswehr und der Halberstädter Artillerie für die Zeit vom 5. bis 7. Oktober geplante Manöver verschoben worden.

Bitterfeld. Wie Arbeitslose behandelt werden! Der Inspektor des Stadtgutes Bitterfeld scheint ganz besonders die Arbeitslosen ins Herz geschlossen zu haben. Als das Heu eingebracht und das Getreide gedroschen werden sollte, da waren ihm die Arbeitslosen gut genug. Gleich am ersten Tag wollte er aber das nicht zahlen, was das Stadtbauamt den Arbeitslosen versprochen hatte. Natürlich mußte das Zugesprochene erst wiederum erzwungen werden. Am nächsten Tag erklärte der Herr dann, einige Stadtverordnete hätten gesagt, die Arbeitslosen bekämen überhaupt viel zu viel. Hört, Ihr Arbeiter! Nette Mezger, die Ihr Euch gewählt habt! Obwohl der Inspektor zugeben mußte, daß die Arbeitslosen gute Arbeit leisteten, verübte er allerhand Schikane gegen dieselben. Einmal kam er an und erklärte, daß ein anonymer Brief an den Magistrat gerichtet sei, worin mitgeteilt würde, daß die Männer an der Dreschmaschine zu viel stehlen. Zentnerweise würde das Getreide fortgeschleppt. Als er die Arbeitslosen nun trotzdem nicht los wurde, hetzte er ihnen seinen Sohn auf den Hals und nahm einem Arbeiter netto sieben Pfund zusammengekratztes Getreide weg. Der betreffende Arbeiter durfte nicht wieder anfangen. Daß sich die anderen Arbeiter mit dem Entlassenen solidarisch erklären würden, schien der Herr Inspektor schon zu riechen, denn er schickte als Ersatz Frauen an diese Stelle. Als nun die sechzehn Kollegen beim Inspektor verhandeln wollten wegen der Wiedereinstellung des Entlassenen, erklärte er: „Ich habe keine Arbeit mehr für Euch, bei mir ist die Arbeit alle!" Ganz die Manieren eines echten Reaktionärs. Wir glauben ihm gern, daß ihn kein Hunger zwickt. Hier könnte die Gutskommission einmal ihre Tätigkeit entfalten. Der Magistrat kümmert sich wenig um die Erwerbslosen. Wenn der Magistrat wirklich einmal drei Tage für die Erwerbslosen Beschäftigung hat, so zahlt er frei nach Schlicke 20 Prozent unter dem Staats- und Gemeindearbeiter-Tarif und verlangt noch nebenbei Akkord- oder Prämienarbeit. — Arbeiter, wie lange wollt Ihr solche Zustände noch dulden? Jeder, der noch in Beschäftigung steht, hat die Pflicht, den Erwerbslosen beizustehen. Das Wort muß gelten: Einer für alle, alle für einen! Ohne Kampf kein Sieg!

Die Krähen

13] Roman von Janos Gyetvai

Wie die Schatten ...

Als ob wir gar nicht zusammengehaust hätten, unter einem Dach, so lebten wir nebeneinander. Als ob Karoly gar nicht zur Kenntnis genommen hätte, daß auch ich da sei. Er kam und ging, verrichtete ohne ein Wort die Hausarbeiten. Er räumte auf, brachte sein Bett in Ordnung, legte das Kind schlafen und kleidete es an. Wollte ich etwas tun, ging er wortlos hinaus. Kam das Kind zu mir, so zog er es fort. Weinte das Kind und verlangte beharrlich nach mir, so duldete er eine Weile, daß es neben mir bleibe, wie wenn ein Fremder ins Haus kommt und das Kind zu ihm geht. Er kochte auch selbst für sich.

Als die Frühlingsarbeiten begannen und er in den Taglohn gehen mußte, trug er das Kind allmorgendlich zu seiner Schwester Franzi hinüber und brachte es erst am Abend zurück.

Ich vernahm nie seine Stimme, es sei denn, daß er manchmal mit dem Kinde sprach.

Es war für mich eine furchtbare Qual. Dennoch ertrug ich alles. Ich muß Buße tun, dachte ich. Und diese meine Strafe war entsetzlich.

Ich tröstete mich damit, verlor nie die Hoffnung, daß Karoly mit der Zeit ja doch milder werden wird, die Zeit wird unser beider Wunden heilen, vernarben lassen, und dann kann auch die Versöhnung nicht ausbleiben.

Und unsäglich schmerzte mich auch deshalb die Seele, weil das Kind nicht ganz mein sein konnte. Ich fürchtete, es werde mir allmählich entfremdet. Doch konnte ich nichts ändern und lebte wie ein Schatten im Hause.

Die Kokais sah ich nicht und wollte sie auch nie mehr sehen. Auch auf den Hof ging ich fast nie, wollte von niemandem gesehen werden und wollte auch selbst niemanden sehen. Ich wußte, daß im Dorfe über mich viel geklatscht werde, doch kümmerte ich mich nicht darum.

Erblickte ich durchs Fenster dennoch bisweilen die Kokais, so wandte ich hastig den Kopf ab. Sie schauten mit gar finsteren Augen zu unserem Häuschen herüber. Auch Karoly beobachtete ich oft, wie er in der Gartenarbeit immer wieder innehielt und seinen Blick den Kokais zu wandte. Mir fehlen die Worte, um auszudrücken, was in seinem Blick lag.

Die Kluft zwischen unserem Häuschen und dem Kokai-Hof ward immer tiefer und breiter.

Mein Leben konnte nicht mehr ein Leben genannt werden, — wie ich mich so dahinschleppte, die mich umgebenden Ereignisse betrachtete, wie ich grübelte und auf die Erlösung wartete.

Und diese wäre auch gekommen, würde im Lauf der Welt nicht wieder eine Wendung eingetreten sein, als deren Opfer schließlich Karoly zur Beute der Krähen hierher gelangte.

Karoly veränderte sich ...

Ich sagte bereits, daß sich Karoly verändert hatte. Im Grunde war er derselbe geblieben, denn in diesem irdischen Leben kann ja uns keine andere Seele geboren werden, doch können sich mannigfache Veränderungen vollziehen. Teils schien er sich mehr zu offenbaren, teils wieder verschlossener zu werden. Seine alte Laune, Gesprächigkeit, Freundseligkeit, die ihm ja nie im übertriebenen Maße eigneten, aber trotz seiner Traurigkeit immer wieder zum Ausdruck gelangten, verstegten immer mehr. Und um so heftiger loderte seine Wut, seine Leidenschaft gegen jene auf, die er auch früher bereits in der Tiefe seiner Seele gehaßt.

Als hätte er eine neue Welt heimgebracht, als wäre er auf einem neuen Weg gewandert, an dessen Ende, wie er sich ausdrückte, die Schicksalswendung, die Erlösung der Armut stand. Jetzt, nach dieser furchtbaren Rache der Reichen, die sie an den Armen übten, weil diese sich gegen sie zu erheben wagten, um endlich einmal Gerechtigkeit walten zu lassen, jetzt verstehe auch ich schon, woran Karoly damals dachte, was er damals wollte.

Wir hatten noch nicht die zweite Revolution, von der Karoly bereits damals sprach. Nicht zu mir, denn wir lebten ja, wie ich schon sagte, ohne ein Wort, wie zwei Schatten nebeneinander. Sondern zu jenen Bekannten und Nachbarn, die hin und wieder zu uns herüberkamen. Und mit seinen Mitgefangenen aus Rußland. Insbesondere an Sonntagen, wenn sie zum Plaudern Muße fanden.

Dies waren meine schönsten Tage. Karoly zeigte da nicht, wie wir zueinander standen. Vor den Gästen behandelte er mich wie seine Frau. Ich erwartete diese Nachmittage und Abende wie wahre Feiertage. Und er sprach auch zu mir:

„Eszter, steck die Lampe an."

Oder:

„Eszter, bring den Jungen zu Bett."

Schon diese etlichen Worte allein machten mich unsäglich glücklich. Ich hörte zu, lauschte, wenn er mit den übrigen sprach, als hätte ich der Erlösung gehaart.

Buchstaben im Feuer

„Koloman, leg Reisig aufs Feuer" — sprach jemand.

Das Feuer loderte abermals mit kleinen Flammen auf, und die Leute betrachteten wortlos das Lodern.

Ringsum schwieg die Nacht, und hinter uns blinkten im Mondschein die Gerippe. Auf den Bäumen schliefen die Krähen. Mit ihren zusammengekauerten schwarzen Körpern muteten sie wie hinterlistig lauschende Gespenstervögel an, die da auspähen wollen, was in kühlen Herbstnächten die Bettler flüstern, am Reisigfeuer, neben den Gerippen ihrer erschlagenen Brüder.

Wind huschte zwischen den Schweigenden dahin und spielte summend mit den Flammen.

„Dort gelang es, hier nicht" — sprach einer leise, als fürchtete er, der Wind könnte seine Stimme in die Weite tragen.

„Es hatte auch hier alles gut begonnen. Die Herren flohen bereits und der Boden gehörte der Armut" — sprach eine zweite Stimme, vorsichtig gedämpft.

„Es mag das ein großes Land sein" — sprach ein dritter.

„Es liegt dort, wo die Sonne aufgeht — sprach versonnen irgendeiner.

Den Namen jenes Landes wagten sie nicht auszusprechen.

Nur in dem Reisigfeuer brannte und hob sich in Umrissen das Bild der befreiten Ebenen und Schneefelder ab, und nur hinter dem Bilde brannten die Buchstaben des verbotenen Namens, von den Flammen auf die Bäume und in die hinter den Bäumen dräuende schwarze Nacht geschrieben.

„Wie war's weiter, Eszter?" — fragte der eine.

Eszter fuhr zusammen. Seitdem sie verstummt war, betrachtete sie unentwegt die Krähen.

Sie schlafen, krächzen nicht. Jetzt braucht sie sie nicht zu fürchten.

Die Räte-Republik kam ...

Was weiter war, wißt Ihr ja auch selbst.

Die Räterepublik kam.

Alle lauschten auf, hofften, nun würde die wahre Veränderung kommen, auf die im Geheimen die Armut stets gewartet hatte. War es doch auch dort, woher Karoly gekommen war, so geschehen, und jeder blickte dorthin.

Nur die Reichen erschraken.

Karoly schien mit einem Male ein anderer Mensch geworden zu sein. Sein Gesicht glühte, in seinen Augen begannen auch mir unbekannte Flammen zu lodern.

„Jetzt werden wir das Gesetz machen und die Reichen werden vor uns fliehen", sprach er stolz. „Jetzt können die Kokais mit mir abrechnen."

Auch ich war erfreut, denn vielleicht wird jetzt auch für mich die ersehnte Aenderung kommen. Karoly wird mir alles verzeihen; doch begannen mich zugleich auch furchtbare Ahnungen zu schrecken, denn wer weiß, wie es enden wird.

Karoly wurde zu mir freundlicher und gesprächiger, was mich unsäglich beglückte. Und ich segnete den Augenblick, da die Räterepublik proklamiert worden war.

Ihr entsinnt Euch ja noch, daß Karoly, der Vorsitzender des Bauernrates wurde und auch im Dorf-Sowjet an erster Stelle stand. Er begab sich sogleich nach Budapest, um zu fragen, was er tun solle.

Er kam zurück. Und bald hatten wir auch einen neuen Notar, doch verfügte dieser nicht über die Macht des früheren, ergriff nicht die Partei der Reichen gegen die Armen. Er mußte tun, was der Rat der Armen beschloß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Mill. Mk. durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2261. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 2 200 000 Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 10 Mill. Mk. f. Reklame, ausschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 5 Mill. Mk. | **Donnerstag, den 4. Oktober 1923** | **3. Jahrgang Nr. 232**

Das Ende der Großen Koalition

Die sozialdemokratischen Führer doch aus der Regierung herausgeworfen — Stresemann bildet das neue Kabinett der Weißen Diktatur — Abschaffung des Achtstundentages — Arbeiter, erzwingt die einige proletarische Abwehrfront!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Oktober.

Gestern nacht ½12 Uhr hat das Reichskabinett beschlossen, dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission zu überreichen. Ebert beauftragte mit der Neubildung der Regierung wieder Stresemann, der den Auftrag angenommen hat.

Der Rücktritt des Kabinetts erfolgte, weil die Deutsche Volkspartei, die sich zur Sprecherin der Deutschnationalen und der gesamten Weißen Front gemacht hat, unbedingt auf der vom Reichsarbeitsminister Brauns vorgeschlagenen Form der Abschaffung des Achtstundentages und aller sozialpolitischen Vorteile bestand, die vom gesamten Reichskabinett mit Einschluß der sozialdemokratischen Mitglieder bereits angenommen war.

Auch die Reichstagsfraktion der MSPD. hatte gestern vormittag in einer langen Sitzung Vorschläge zu dem „Ermächtigungsgesetz" fast restlos geschluckt. Erst als nachmittag in einer zweiten Sitzung der MSPD.-Fraktion Leipart erschien, im Namen des ADGB. eingriff und erklärte, daß die Gewerkschaften die Formel des Reichsarbeitsministers nicht annehmen könnten, da sie klar aussprechen, die restlose Beseitigung des Achtstundentages enthält, gewannen die linken Sozialdemokraten mehr Einfluß auf die Entscheidung der Fraktion. Leipart führte aus, die Gewerkschaften seien bereit, auf die Arbeiter im Sinne einer Steigerung der Produktion und Erleichterung von Ueberschichten einwirken zu wollen, was praktisch ebenso die Beseitigung des Achtstundentages bedeuten würde. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion traf um 7 Uhr wieder zusammen. Die rechten Führer wollten trotz alledem dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers zustimmen. Die Abstimmung ergab jedoch einen ablehnenden Beschluß mit einer sehr knappen Mehrheit von 61 zu 54 Stimmen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert und das Kabinett trat nach einer einstündigen Beratung zurück. Das zweite Kabinett Stresemann soll nach offiziellen Meldungen keinen parteipolitischen Charakter tragen. Außerdem soll die Zahl der Mitglieder eine Verringerung erfahren, es soll also eine Art Direktorium werden, das mit allen Mitteln des Weißen Terrors das Stinnes-Programm durchführen soll. Als Männer des Weißen Direktoriums werden genannt: General v. Gallwitz, Helfferich, Minoux (Generaldirektor der Stinneskonzerne), Baltrusch (christl. Gewerkschafter), Graf v. Beer. Ob es Stresemann gelingen wird, mit diesen Vertretern der schwärzesten Reaktion unter einen Hut zu kommen, muß noch fraglich erscheinen bei der Feindschaft, die die Landbündler Stresemann geschworen haben.

*

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministers, auf dessen Annahme die bürgerlichen Parteien bestanden, lautet:

„Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Ringen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns vorläufig, in der Urproduktion die Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere ist der Bergbau unter Tag auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt festzusetzen. Sodann muß in den lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben und für die öffentlichen Verwaltungen sollen diese Grundsätze sinngemäß angewandt werden. Für gefährliche und gesundheitsschädliche Betriebe ist der Achtstundentag beizubehalten."

*

Alles Nachgeben, alle Bereitschaft, der Aufhebung des Achtstundentages und aller Arbeiterrechte zuzustimmen, alles Speichellecken vor den Militärdiktatoren hat der verräterischen rechten Führerschaft der Sozialdemokratie nichts genützt. Mit Schmach und Hohn werden sie von den Stresemann-Helfferich-Seeckt aus der Regierung herausgeworfen.

Die Arbeiterschaft gebe sich keiner Täuschung hin. Die rechtssozialistischen Führer werden nicht erledigt, weil sie sich für die Interessen der Arbeiter eingesetzt haben. Sie wollten im Arbeitszeitgesetz alle geforderten Zugeständnisse machen, sie beteiligten um eine Verschleierung ihres Arbeiterverrats. Aber die reaktionäre Front hat den Reformisten nicht einmal dieses zugestanden. Offen sollten sie auf dem Bauch liegen, voll die Verantwortung tragen, wenn nicht, konnten die Verräter gehen.

Die rechtssozialistischen Führer konnten so behandelt werden, weil sie nicht die geringsten Abwehrmaßnahmen gegen die in Waffen starrende, vormarschierende Weiße Front trafen, sondern den Generalen alle Macht in die Hände gaben. Ihre bayrischen Sicherheits-Abteilungen haben sie aufgelöst, in ihrer Presse die Arbeiter eingelullt, gegen die Kommunisten eine wüste Pogromhetze entfaltet und ihre Presse unterdrückt. Die Arbeiterschaft zahlt mit ihrem letzten Blutstropfen diese Schurkerei der Reformisten.

Die Arbeiter mögen sich nicht täuschen über das Eingreifen der Zentralinstanzen der Gewerkschaften, das unter schärfstem Druck der Mitglieder erfolgte. Die Leipart und Genossen, die ebenfalls für Arbeitszeitverlängerung sind, sehen jetzt, daß die Weißen Diktatoren den ganzen Apparat der Gewerkschaften zerschlagen wollen. Jetzt, da es ihnen selbst an den Kragen geht, wollen die Führer des ADGB. noch retten, was für sie zu retten ist.

Trotz aller Verbrechen der reformistischen Führer sind die Kommunisten bereit, mit allen Arbeitern, mit allen Organisationen, die dem Weißen Terror entgegentreten wollen, zusammen zu kämpfen.

Aber die Arbeiter dürfen sich nicht auf die Zentralinstanzen der Gewerkschaften verlassen. Die einige proletarische Abwehrfront kommt nicht zustande, wenn sie nicht sofort überall von unten auf geschlossen wird, wenn nicht der Druck von unten die noch nicht völlig der Reaktion verschriebenen Führer zwingt, sich einzureihen.

Im kleinsten Ort, im kleinsten Betrieb müssen sich die Arbeiter zur Abwehr zusammenschließen, der letzte Mann muß alarmiert werden. Nur so kann die gesamte Arbeiterschaft zum geschlossenen Handeln kommen, nur dann kann die Arbeiter-Regierung erkämpft werden.

Das Direktorium des Stinnesprogramms, des Weißen Schreckens, ist da. Höchste Aktivität der Arbeiterschaft ist das Gebot der Stunde!

Die Gefahr der Weißen Diktatur

Ein Vorstoß der KPD. beim ADGB.

Die unerhörte Zuspitzung der innerpolitischen Situation, die furchtbaren Gefahren, die die gesamte Arbeiterklasse bedrohen und die verbrecherische Passivität, mit der die MSPD.-Führer die Arbeiterklasse unter den Haken der Weißen Diktatur des Stinnes-Kapitals, der Reichswehrgenerale und der Faszisten zu spielen be- [illegible] gestern erneut an den [illegible] n, unverzüglich eine [illegible] ats einzuleiten. Zwei [illegible] rtretern des ADGB. [illegible] eite wurde kurz die [illegible] iesen, daß die Bour- [illegible] Proletariat aufrichten [illegible] Erwerbslosenunter- [illegible] weiterer Folge das [illegible] e nun vor der folge- [illegible] seinen wiederholten [illegible] des letzten Gewerk- [illegible] ftlichen Grund- [illegible] n, also auch mit dem [illegible] n oder ob er weiter [illegible] ihre Organisationen [illegible] ten Konterrevolution [illegible] B. erklärten, daß auch [illegible] e die politischen Vor- [illegible] ewillt seien, wenn es [illegible] ten gegen die drohen- [illegible] lls von unseren Ver- [illegible] großer Teil der Ge- [illegible] n Ernst der Lage er- [illegible] demokratischen Presse [illegible] es infolgedessen not- [illegible] fort in einem Aus- [illegible] baren Ernst der Lage [illegible] nde alles Trennende [illegible] vorzubereiten, damit [illegible] um Generalstreik zu [illegible] B. erklärt, daß sie im [illegible] Dieser werde das Er- [illegible] nr, daß sich im Ernst- [illegible] perschaften, also auch

Das Resultat dieser Aussprache ist sehr mager. Immerhin scheint aber der Vorstoß unserer Genossen wenigstens das Eingreifen Leiparts bei der Reichstagsfraktion der MSPD. bewirkt zu haben. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft darf aber nicht auf den schwächlichen Einspruch der MSPD.-Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz vertrauen. Ebensowenig darauf, daß der ADGB. zum Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen die Erdrosselung der letzten Arbeiterrechte aufruft. Morgen schon kann das Direktorium des Weißen Terrors Wirklichkeit sein.

Deshalb gilt es unverzüglich in allen Orten die eiserne Abwehrfront der Arbeiter aller Parteien zu schließen und den ADGB. unter Druck zu stellen. Nur durch den Druck der großen, breiten Massen des organisierten Proletariats können die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gezwungen werden, den Abwehrkampf gegen den Weißen Terror in der großen unüberwindlichen Front des kampfentschlossenen Proletariats zu organisieren und den politischen Massenstreik für das ganze Reich zu proklamieren.

Hitler beherrscht die Stunde in Bayern. Aus München wird uns berichtet, daß jeden Tag große Teile des Bundes Bayern und Reich in die vaterländischen Vereine und zu den Hitlerischen Kampfverbänden übertreten.

Die MSPD. macht mit

Abschaffung des Achtstundentages

Aus der Regierungskrise ist eine schnöde Komödie geworden. Die Sozialdemokratie hat vor der Diktatur Stinnes-Geßler vollkommen kapituliert und kundgetan, daß sie sich nicht aus der Regierung herausekeln läßt, sondern um des heiligen Parlamentarismus willen alles mitmacht. Alles, bedingungslos und ausnahmslos.

Der springende Punkt der „Regierungskrise" war die Frage des Achtstundentages. Der „Vorwärts" erklärte selbst, der Angriff auf den Achtstundentag bedeute den Generalangriff auf die Gesamtarbeiterschaft. Die MSPD. pariert diesen Generalangriff, indem sie — nachgibt. Sie opfert den Achtstundentag und öffnet damit der Ausbeutung bis aufs Weißbluten Tür und Tor.

Die Sozialdemokratie weiß, daß die Arbeiterschaft in der Frage des Achtstundentages keinen Spaß versteht. Darum ist sie vor den Konsequenzen dieses Schrittes auf einen Augenblick zurückgeschreckt. Im nächsten Augenblick aber beugte sie sich schon bedingungslos vor Seeckts und Stinnes Diktatur. Warum sie nun noch ihre Koalitionsbrüder anfleht, ist, sie sollen doch die Abschaffung des Achtstundentages nicht so offen und brutal verkünden, daß es der letzte „dumme Arbeiter" merkt, sie sollen doch eine „Formel" finden, die es ihr, der Sozialdemokratie, ermöglicht, diese Maßnahme wenigstens auf eine kurze Zeit vor einem Teile der Arbeiterschaft zu verhüllen.

Es wird an dieser „Formulierung" gearbeitet. Sie soll „elastischer" Arbeitstag, „sanitäre" Arbeitszeit, „Intensivierung" der Arbeit oder sonst wie genannt werden. Es soll die Formulierung der letzten Note der Wirth-Regierung, in der die MSPD. die Durchführung der Stinnespläne versprach, gewählt werden.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben Verständnis für die Bedrängnis der Sozialdemokratie. Auch sie arbeiten an der „Formulierung". Aber Stresemanns Organ erklärt zur Kernfrage selbst: „So wie man von den bürgerlichen Parteien Zustimmung zu rücksichtslosen Steueropfern (!) erwarten kann, so bleibt der Sozialdemokratischen Partei gar nichts anderes übrig, als für Mehrarbeit und Mehrleistung die Bahn frei zu geben." Worauf der „Vorwärts": „Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse. Soweit dazu in Ausnahmefällen eine Verlängerung der Arbeitszeit nötig ist, bietet die freie tarifliche Vereinbarung (!) ausreichende Möglichkeiten. Das wissen die Herren . . ."

Auf dieser Grundlage, zur Abschaffung des Achtstundentages, der die Abschaffung aller sozialer Errungenschaften folgen wird, ist die MSPD. bereit, der Stresemann-Regierung eine Blankovollmacht auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu erteilen. Eine Blankovollmacht, mit deren Durchführung Geßler und Seeckt betraut werden sollen.

Nach dieser Stellungnahme ist es nur verständlich, wenn die Sozialdemokratie den Befehlen der Geßlerdiktatur gemäß auch in der bayrischen Frage zum Rückzug bläst. Hat es noch gestern geheißen, sie werde dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes zustimmen, so will sie heute eine eigene „mildere" Formulierung einbringen, deren Nichtannahme keine Konsequenzen nach sich ziehen soll. „Also lediglich eine Geste" — bemerkt der „Lokal-Anzeiger". Jawohl, eine Geste, mit dem die sozialdemokratischen Arbeiter irregeführt, betrogen werden sollen. Es soll den Anschein haben, als ob. Derweil ist die Einigung das Schlucken der Kahr-Diktatur, eine abgekartete Sache.

So schmählich und niederträchtig hat eine Partei, die noch Arbeiter hinter sich hat, in so entscheidender Situation noch nicht gehandelt. Es genügt nicht, daß die Sozialdemokratie die Diktatur Geßlers und Seeckts vorbereitet und gutgeheißen hat. Es genügt nicht, daß sie diesen Generalen freie Hand gibt, in Sachsen und Thüringen die Arbeiter wehrlos zu machen, ihnen den Kampf um ihre elementarsten Wirtschaftsinteressen zu verbieten. Es genügt nicht, daß sie die bayrische Arbeiterschaft wehrlos und widerstandslos der Kahr-Hitler-Diktatur ausliefert.

Das allerschlimmste und allergefährlichste ist, daß sie der Arbeiterschaft vorheuchelt, als ob sie all dies nicht getan hätte. Sie wirft sich in die Position des Verteidigers des Achtstundentages, des Bekämpfers Kahrs, des Schutzes der Arbeiterrechte. Sie verheimlicht der Arbeiterschaft die Gefahren, die ihre politischen und unmittelbarsten wirtschaftlichen Interessen bedrohen. Sie verheimlicht den Arbeitern, daß die Geßler-Seeckt-Diktatur, ergänzt durch die jetzt zu erteilende Blankovollmacht ausschließlich zur Steigerung der Ausbeutung, zur Verwirklichung der Stinnes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231004-11/fragment/page=0007